Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsstudiern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 18353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 8. November 1926 — Nummer 250

Zum 9. November!

Kein revolutionärer Arbeiter wird am 9. November 1918 auch nur die Möglichkeit erwogen haben, daß wir acht Jahre später unter solchen politischen und sozialen Verhältnissen leben werden, wie sie heute in Deutschland bestehen. Aber auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die Gegner der proletarischen Diktatur in der Form der Räterepublik waren, haben sicherlich geglaubt, daß die von ihrer Führung erstrebte bürgerliche Demokratie nach acht Jahren solche Resultate zeitigen wird, unter denen heute die gesamte Arbeiterschaft leidet. Die sozialdemokratischen Arbeiter betrachteten damals Nationalversammlung und bürgerliche Demokratie als einen besseren Weg zum Aufbau des Sozialismus, als die bolschewistische Methode der Kommunisten. Nun, die acht Jahre bürgerlicher Republik haben ihnen gezeigt, wie gerade durch die Anwendung der sozialdemokratischen Methoden das Bürgertum gestärkt und die Arbeiterschaft geschwächt worden ist.

Der Spartakusbund erschien den sozialdemokratischen Arbeitern im November 1918 als Störenfried, der die Mehrheit des Proletariats an dem sicheren und friedlichen Wege des Aufbaues des Sozialismus nach sozialdemokratischem Muster nur hindern wolle. Die Massen begriffen insbesondere nicht, daß die Sozialdemokratie, die vier Jahre lang den deutschen Imperialismus unterstützt hatte, auch weiterhin das Proletariat dem Bürgertum ausliefern werde. Die Frage der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien war schon am 10. November 1918 der Punkt, der entscheidende Gegensatze zwischen dem Spartakusbund und der Sozialdemokratie aufriß. In einem Flugblatt des in seiner Mehrheit aus Kommunisten zusammengesetzten Arbeiter- und Soldatenrats in Neukölln wird der Sozialdemokratie die Bildung einer Einheitsfront unter der einzigen Bedingung angeboten: „mit dem Bürgertum zu paktieren, das kann und darf nicht geben . . . Die Arbeiterklasse würde ihre Errungenschaften zertrümmert sehen, wenn sie mit den herrschenden Klassen verhandelt."

Aus dieser Grundeinstellung der Klassenfeindschaft gegenüber der Bourgeoisie ergaben sich alle Forderungen, die der Spartakusbund bereits in seinem Flugblatt am Nachmittag des 9. November 1918 unter die Massen warf: Entwaffnung des gesamten Bürgertums und Bewaffnung des Proletariats; Beseitigung der bürgerlichen Parlamente und Uebernahme der Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte. Der Spartakusbund wußte, daß er in diesen Räten noch keine Mehrheit haben würde; aber auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution trat er für die Errichtung eines sich auf Räten aufbauenden Arbeiterstaates ein. Zugleich warnte er davor, den Regierungssozialisten, die 4 Jahre lang die Bourgeoisie unterstützt haben und die nichts anderes können, als dies weiter zu tun, auch nur eine Stimme bei der Wahl der Räte oder bei der Wahl der provisorischen Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zu geben.

Als Liebknecht am Abend des 10. November 1918 diese Gedanken in der ersten Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte aussprach, verstanden ihn diese Delegierten nicht. Die stürmische Zustimmung, die Liebknecht bei seiner Begrüßung gefunden hatte, wandelte sich am Ende seiner Rede in entschiedene Ablehnung, zumal die bürgerliche und sozialdemokratische Pogromhetze gegen ihn bereits am Morgen des 10. November eingesetzt hatte. Den Arbeitern und Soldaten erschien es unverständlich, daß man der Sozialdemokratie auch jetzt noch mit Mißtrauen begegnen sollte, nachdem ein Scheidemann sich an der formellen Ausrufung der Republik beteiligt hatte. Die „Fachminister", die von dem Rat der Volksbeauftragten als Agenten des Bürgertums berufen wurden, hielten die Massen damals für völlig ungefährlich. Sie sahen nicht, daß die Sozialdemokratie auf eine planmäßige Heranziehung und Stärkung des Bürgertums hinarbeitete.

Wenn der Spartakusbund die Koalitionspolitik entschieden ablehnte, so ergab sich daraus notwendigerweise auch die Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus und die Uebernahme der bolschewistischen Losung: „Alle Macht den Räten!" Die Tätigkeit der Sozialdemokratie dagegen war vom ersten Tage des Umsturzes an darauf gerichtet, den durch die revolutionären Ereignisse erschütterten bürgerlichen Staat und Verwaltungsapparat wieder zu stärken und aufzubauen. Deshalb wurde Hindenburg an die Spitze des Heeres gestellt, deshalb wurde die Polizei wieder bewaffnet und mit den alten Vollmachten versehen, deshalb sollte die bürgerliche Justiz unangetastet bleiben, deshalb wurden die revolutionären Rechte der Arbeiter- und Soldatenräte als Eingriffe in die Kommandogewalt planmäßig beschnitten und alle diese Maßnahmen des Rats der Volksbeauftragten dienten dem Schutz des geheiligten Privateigentums, dessen Abschaffung nach Auffassung der Sozialdemokratie nur Diebe und Plünderer fordern konnten. Die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie war nicht darauf gerichtet, die Kraft und Macht der Arbeiterschaft zu stärken, sondern das Unternehmertum vor den Aeußerungen dieses gesteigerten revolutionären Bewußtseins zu schützen. Dieses Ziel bildete so sehr die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie, daß die SPD dahinter sogar die Verwirklichung ihrer im Erfurter Programm verkündeten Reformvorschläge vergaß, obgleich ein großer Teil von ihnen auch in einer bürgerlichen Republik möglich war. Vernachlässigung der eigenen reformistischen Forderungen, Bejahung der Koalitionspolitik und Ablehnung der proletarischen Diktatur, stehen aber in einem unlösbaren Zusammenhang, und deshalb kann und wird eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft erst das Resultat eines entschiedenen Bruchs jeder irgendwie gearteten Koalition mit dem Bürgertum und eines vor keiner Konsequenz zurückschreckenden revolutionären Klassenkampfes sein.

Der 7. November!

Berlin, 8. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die am Sonntag anläßlich des 9. Jahrestages der russischen Revolution von der Kommunistischen Partei abgehaltenen Kundgebungen waren ausnahmslos überfüllt. Die Reden unserer Genossen, die die grandiose Aufbauarbeit im sozialistischen Rußland schilderten, wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Kundgebung in Dresden

Die von der Kommunistischen Partei in Dresden einberufene Kundgebung zur 9. Wiederkehr der proletarischen Revolution in Rußland, die im Kristallpalast stattfand, war außerordentlich stark besucht. Die Ansprache des Gen. Erich Melcher wurde von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen. Im Anschluß an die Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug, der sich durch die Straßen der Stadt bis zum Ausstellungspalast bewegte. Nach einer kurzen Ansprache des Kameraden Dietrich vom Roten Frontkämpferbund löste sich die Demonstration auf.

Auch in anderen Orten des Bezirks waren, wie uns gemeldet wird, die von der Kommunistischen Partei einberufenen Kundgebungen außerordentlich stark besucht. Die starke Beteiligung an den Veranstaltungen zeigt das wachsende Vertrauen der Arbeiter zur Kommunistischen Partei und ihre Sympathien für das Land der Arbeiter und Bauern.

Vorwärts in den Gemeinden!

Her mit der Arbeitermehrheit in den Kommunen

Am kommenden Sonntag finden in allen Städten und Gemeinden Sachsens die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten statt. Die Gemeindeverordnetenwahlen sind nicht von geringerer Bedeutung wie die Landtagswahlen. Waren es früher vielfach rein örtliche Momente, die eine große, manchmal ausschlaggebende Rolle spielten oder zu spielen schienen, so treten jetzt die allgemein politischen Probleme auch in der Gemeindepolitik stark zu Tage, so daß für die Kommunistische Partei gerade unter Ausnützung der örtlichen Erfahrungen die stärksten Möglichkeiten der Agitation und der Mobilisierung des Proletariats, wie auch der übrigen werktätigen Schichten der Bevölkerung gegeben sind. Die Wirtschaftsschwierigkeiten, die Erwerbslosigkeit als Dauererscheinung, der Niedergang des Mittelstandes, die wachsende Not der Erwerbslosen, die ungeheure Wohnungsnot, das Elend der Arbeits-, Kriegs- und Kleinrentner stellen alle Arbeitergemeinden vor Aufgaben, die im Rahmen des bürgerlichen Staates unlösbar sind, wo jeder Versuch, ernsthaft an ihre Lösung heranzugehen, auf die Schranken der Demokratie, auf den heftigsten Widerstand der Landes- und Reichsinstanzen stößt. Die Reichs- und Länderpolitik hat die Erledigung aller wesentlichen sozialen Aufgaben den Gemeinden übertragen. In den Gemeinden müssen alle Spannungen verschärft in Erscheinung treten — die Gemeindeinstanzen sind der Prell- und Sündenbock, hinter denen sich der bürgerliche Staat zu verbergen sucht. Für uns Kommunisten kommt es darauf an, diese Tatsachen aufzuzeigen, und sie gegen die Bourgeoisie auszunützen. Keinesfalls können die Kompetenzen, die die bürgerlichen Gesetze den Gemeinden zuweisen, die Richtschnur des Handelns und des Wirkens sein. Wir würden die breiten Massen am Kommunismus irre werden lassen, statt ihnen die Wege des Kampfes zu weisen. Die wichtigsten Fragen der vergangenen Jahre werden auch in der Zukunft stehen. Die Erfahrungen der Vergangenheit müssen uns bestärken, die von uns eingeschlagene Politik noch viel energischer einzuhalten. Im Wahlkampf werden wir rücksichtslos unsere Auffassung, unsere Richtlinien denen der verschiedenen Gruppen entgegenstellen; alle die „Interessen- und Arbeitervertreter" haben bewiesen, daß sie nicht wagen, gegen den Staat zu rebellieren, daß sie dafür aber ihre eigenen Gruppen im Stich lassen. Die Interessen der werktätigen Massen und die Notwendigkeiten der Bourgeoisierepublik lassen sich miteinander nicht in Einklang bringen. Die SPD-Koalitionspolitik hat auch in den Gemeindeparlamenten die schlimmsten Früchte gezeitigt. In den meisten Gemeinden Ostsachsens war das Zusammenarbeiten der SPD mit dem Bürgertum das, was die Koalitionsregierung von Heidt bis Bünger in Sachsen war.

Wo waren in den Gemeinden die SPD-Vertreter, als es galt, gegen die Verschlechterung der Gemeindeordnung der Koalitionsregierung Heidt Sturm zu laufen? Was taten die SPD-Vertreter für die Erwerbslosen, für die Sicherstellung des Achtstundentages in den Gemeindebetrieben. Aus fast allen Gemeinden wird berichtet, daß die Anträge der Kommunisten mit den Stimmen der SPD und Bürgerlichen abgelehnt wurden. Dasselbe Bild zeigt sich auch im Kampfe gegen die Wohnungsnot und in der Steuerpolitik. Die Erträgnisse der Mietzinssteuer werden zum größten Teil für Verwaltungszwecke verwandt. Als einzige Abhilfe, um die dringenden Probleme und Aufgaben der Gemeinden zu lösen, wird empfohlen, weitere Mietsteigerungen, Erhöhung der Zuschläge für Grund- und Gewerbesteuer, also weitere Belastung für die breiten Schichten der Arbeiter, günstige Aussichten für alle Arten der Spekulanten. Bei allen Forderungen der Kommunisten und bei jeder Gelegenheit wird erklärt: Es fehlt an Geld. Diese Antwort wird immer stärker den Massen entgegentönen; denn die Gemeindeaufgaben wachsen —

1926

Wählt bei den Gemeindewahlen am Sonntag, 14. November nur die Liste der Kommunisten

und die Einkünfte gehen zurück. Die Steuerdrosselung der Reichs- und Landespolitik raubt den Gemeinden ihre finanzielle Grundlage. Die Gemeindeinstanzen werden nichts anderes als die Ausführungsorgane für die Dawespolitik. Der finanzielle Bankrott steht in allen Gemeinden auf der Tagesordnung.

Der Wahlkampf zu den Gemeindeverordnetenwahlen wird kurz und schwer sein. Alle Kräfte unserer Partei gilt es einzusetzen, um den breiten Schichten der Arbeiter die Stellung der Kommunisten auch in der Gemeindepolitik klar vor Augen zu führen. Dazu gilt es, den letzten Mann heranzuholen. Die wenigen Tage, die wir bis zum 14. November haben, müssen ausgenützt werden. Die letzten Säumigen gilt es heranzuholen.

Her mit der Arbeitermehrheit in den Kommunen! Pflanzt rote Fahnen auf die Rathäuser!

Mit allen Kräften aus Werk! Werbt und agitiert für die Liste der Kommunisten!

Gegen den SPD-Verrat in Berlin

Die Funktionäre der Gas- und Wasserwerke der Stadt Berlin nahmen in einer Versammlung gegen das Verhalten der SPD-Stadtverordnetenfraktion scharf Stellung und protestierten in einer Entschließung gegen die Preisgabe der Linksmehrheit im Magistrat. Dem Verhalten der SPD-Stadtverordneten wurde die tiefste Verachtung ausgesprochen. Als Antwort beschloß die Versammlung, zum Kongreß der Werktätigen einen Delegierten zu entsenden. Auch die Hochbahner nahmen zu dem Verhalten der SPD und insbesondere zu der Schreibweise des „Vorwärts" Stellung. Sie nahmen folgende Entschließung an: „Die Belegschaft der Bahnmeisterei 1 protestiert energisch gegen die lügenhafte Schreibweise des „Vorwärts" und spricht ihrem Betriebsratsvorsitzenden, dem Stadtverordneten Kollegen Peter das Vertrauen aus." In der Generalversammlung der Gemeindearbeiter, die ebenfalls zur Kämmererwahl Stellung nahm, gelang es den SPD-Schiebern, gegen eine starke Minderheit eine Entschließung zur Annahme zu bringen, in der bedauert wird, daß die von der SPD vorgeschlagene Arbeitsgemeinschaft abgelehnt und damit eine gemeinsame Stellungnahme beider Arbeiterparteien bei der Besetzung der Stadtratsstellen in Berlin verhindert worden sei.

Die Annahme dieser Resolution durch die Funktionäre der Gemeindearbeiter war nur möglich infolge der einseitigen Information, die die Gemeindearbeiter durch den „Vorwärts" und die SPD erhalten hatten. In der Generalversammlung wurde einem kommunistischen Kollegen zur Darlegung des wahren Sachverhaltes nicht das Wort gegeben. Die Entscheidung der Funktionäre wird verständlich, wenn man weiß, wie solche Konferenzen durch die Gewerkschaftsbürokraten zusammengeschoben werden. Das Beispiel dafür ist die Ortsverwaltung des Berliner Metallarbeiterverbandes, in der noch heute kein einziger Kommunist vertreten ist, obwohl die Berliner Metallarbeiter bei der letzten Verbandstagswahl sich mit überwältigender Mehrheit für die Kommunisten entschieden haben.

Freche ASPS-Provokation

Die „Morgenfeier" des Dresdner ADGB

Der Ortsausschuß des ADGB Dresden hatte für gestern zu einer großzügigen Kundgebung für den 9. November eingeladen. Unter der angeblich neutralen Flagge der Gewerkschaften organisierten die Sozialfaschisten in den Gewerkschaften mit dem Gewerkschaftsapparat eine Kundgebung, zu der nur geladene Gäste Zutritt hatten. Die Kundgebung trug den Charakter einer Morgenfeier zur 9. Wiederkehr des Revolutionstages 1918. Erweckte schon das Programm, bei dem „süße Lieder", Schuberts u. a. m., den Ausschlag gaben und in dem nicht ein einziges Arbeiter- oder Tendenzlied zu hören war, schlimme Erwartungen, so wurde alles übertroffen durch die Rede des Mitgliedes des Bundesvorstandes des ADGB, Schulze-Berlin. Seine Stellungnahme zur Republik, zum Staat und zu den „Errungenschaften" der Revolution deckte sich restlos mit der Anschauung der Bethke und Konsorten. Er hob hervor, daß das Bürgertum im Jahre 1918 keinen anderen Ausweg aus dem Chaos gewußt habe, als die Sozialdemokratie mit der „Lenkung der Geschicke" zu beauftragen, um dem Bolschewismus Einhalt zu gebieten. Geradezu triumphierend bemerkte er, daß es ein Prinz (Max von Baden) gewesen sei, der dem Genossen Ebert zum Führer des Reiches gemacht habe. (!) Dieser Einleitung folgte ein Loblied auf die Demokratie. Er brachte es sogar fertig, den Anwesenden einreden zu wollen, daß „der Jugendschutz und die Wohlfahrtspolitik Deutschlands als vorbildlich anzusprechen seien." Auch die Rechte der Betriebsräte seien ein „hervorragender Erfolg" der Demokratie. Die politischen Liebesdienste des Staates für das Unternehmertum seien verschwunden. (Heute besorgen Sozialdemokraten und Gewerkschaftler vom Schlage der Haack, Panzscha und Konsorten das, was ihre wilhelminisch gesinnten Vorgänger getan haben!) Und die Lehre? Kein Klassenkampf, sondern verantwortliche Mitarbeit, Hand in Hand mit dem aufgehenden Kräften (!) [illegible] Diese haben durch die Verständigungspolitik gemeinsam mit der Sozialdemokratie Deutschland den Platz im Rate der Völker zur Befriedigung der Welt gesichert. Ausgestaltung der Republik sei die Parole. (!) Das Parlament sei dafür die einzige und gute Grundlage. (!) Mit einem Hoch auf die deutsche Republik schloß er seine ASPS-Rede, die von den klassenbewußten Elementen unter den Versammelten als ein bewußt geführter Faustschlag in das Gesicht der gesamten Dresdner Arbeiterschaft aufgefaßt wurde. Nach dem Verlauf der Kundgebung gibt es keinen Zweifel mehr darüber, daß die Veranstaltung nichts anderes war als ein kluger Schachzug der alten Sozialdemokraten, die in den Gewerkschaften ihre stärksten Positionen haben und die mit dem Gewerkschaftsapparat diese großzügige Morgenfeier veranstalteten, die nichts anderes bedeutet, als eine Gegenaktion der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer gegen die von der SPD für morgen angesetzte Revolutionskundgebung. Die Gewerkschaftsführer stehen geschlossen bei den Bethkeleuten. Sie benutzen den Gewerkschaftsapparat, um die politische Propaganda für die ASPS zu betreiben, wie sie auch bei andere Gelegenheit vorübergehen lassen, um in den Gewerkschaften für ihre politischen Ziele zu arbeiten. Selbstverständlich steht auch die reformistische Bundesführung des ADGB in Koalitionsunion mit dem SPD-Parteivorstand auch auf der Seite der ASPS. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus dieser Kundgebung die Lehre ziehen, jetzt mit den sozialfaschistischen Verrätern und auch den „linken" Führern, die diese zu decken versuchen, aufzuräumen. Der Kampf um die Säuberung der Gewerkschaftsorganisation von dieser Gesellschaft muß mit aller Energie entfachen. Jetzt muß Schluß gemacht werden. Am Sonnabend konnten wir wieder darauf hinweisen, wie weit die Bestrebungen im Gange sind, den Koalitionsminister Severing wieder in das Gewerkschaftskartell hineinzubringen. Die Morgenfeier des ADGB ist die Fortsetzung dieser Provokation gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Die Arndt, Wissner, Eisner, Freitag und Konsorten sind entschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu wahren. Das muß verhindert werden. Jetzt müssen die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß es höchste Zeit ist, die gemeinsame Front mit den Kommunisten zu schließen, wenn diese Gesellschaft nicht das Oberwasser bekommen soll.

Aufruf

des Spartakusbundes vom 9. November 1918

Dieser von Leo Jogiches verfaßte Aufruf erschien als Flugblatt am Abend des 9 November und in der ersten Nummer der „Roten Fahne" (im bürgerlichen „Lokalanzeiger") am Morgen des 10. November 1918.

Arbeiter und Soldaten von Berlin!

Sichert die von euch errungene Macht! — Mißtrauen ist die erste demokratische Tugend!

Die rote Fahne weht über Berlin! Würdig habt ihr euch an die Seite der Städte gestellt, in denen schon die Soldaten und das Proletariat die Macht übernommen haben. Wie aber die Welt auf euch geschaut hat, ob ihr eure Aufgaben lösen werdet, so sieht jetzt die Welt auf euch, wie ihr sie lösen werdet. Ihr müßt in der Durchführung eines sozialistisch-revolutionären Programms ganze Arbeit machen. Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan. Noch viel weniger ist es damit getan, daß ein paar Regierungssozialisten mehr an die Spitze treten. Sie haben vier Jahre lang die Bourgeoisie unterstützt, sie können nicht anders, als dies weiter tun. Mißtraut diesen, die von Reichskanzler- und Ministerstellen herunter glauben, eure Geschäfte lenken zu dürfen. Nicht Neubesetzung der Posten von oben herunter heißt die Parole, sondern **Neuorganisierung der Gewalt von unten herauf.** Sorget, daß die Macht, die ihr jetzt errungen habt, nicht euren Händen entgleite und daß ihr sie gebraucht für euer Ziel. Denn euer Ziel ist die sofortige Herbeiführung eines proletarisch-sozialistischen Friedens, der sich gegen den Imperialismus aller Länder wendet, und die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische.

Zur Erlangung dieses Zieles ist es vor allem notwendig, daß das Berliner Proletariat in Bluse und Feldgrau erklärt, folgende Forderungen mit aller Entschlossenheit und unbeugsamen Kampfwillen zu verfolgen:

1. **Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere,** sowie Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen. **Bewaffnung des Volkes;** alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.
2. Uebernahme sämtlicher militärischer und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des **Arbeiter- und Soldatenrates.**
3. **Uebergabe aller Waffen- und Munitionsbestände,** sowie aller Rüstungsbetriebe an den Arbeiter- und Soldatenrat.
4. **Kontrolle über alle Verkehrsmittel** durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
5. **Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit;** Erziehung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.
6. **Beseitigung des Reichstages** und aller Parlamente, sowie der bestehenden Reichsregierung; **Uebernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrats.**
7. **Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten** über ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegt. — Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.
8. **Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten;** unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschlands.
9. Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes.
10. **Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft** nach Berlin.

Arbeiter und Soldaten! Eine jahrtausend alte Knechtschaft geht zu Ende; aus den unsäglichen Leiden eines Krieges steigt die neue Freiheit empor. Vier lange Jahre haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten, euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse das „Vaterland" verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelt; Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist und versuchen, die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.

Es darf kein „Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen, es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, so lange noch ein Regierungssozialist in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten!
Es lebe die Revolution!
Es lebe die Internationale!

Auslandswochenschau

Das Attentat auf Mussolini und die französisch-italienische Spannung — Wahlen in Amerika und England — Der neue Sieg der britischen Arbeiterpartei — Stresemanns Niederlage — Revision des Dawesplans?

AR. Das neue Attentat auf Mussolini hat wieder einmal die Schwierigkeiten der faschistischen Außenpolitik enthüllt. Mussolini stützt sich zur Aufrechterhaltung seiner Diktatur auf zwei Schichten: auf die Großbourgeoisie und auf das nationalistische Kleinbürgertum. Die reale Politik Mussolinis wird selbstverständlich im Sinne der italienischen Kapitalistenklasse gemacht, aber das Kleinbürgertum stellt die Massenarmee der faschistischen Miliz, das Kleinbürgertum stellt die Scharen, die dem „Herzog" überall zujubeln, wo er auftaucht. So ist Mussolini genötigt, seine Außenpolitik doppelt zu orientieren; die Sache gemäß den Wünschen der Kapitalisten und die Gäste nach dem Willen der faschistischen Legionen. Mussolinis Außenpolitik ist bisher für einen solchen kriegerischen Diktator sehr vorsichtig gewesen. Er hat niemals ein Abenteuer gewagt, er hat nur dort geschossen, wo nichts Ernstes passieren konnte, in Griechenland und gegen die Somali in Ostafrika. Mussolini will die kolonialen Wünsche der italienischen Kapitalisten durch eine geschickte Mischung von Drohungen und Kompromissen verwirklichen. Daß dabei in erster Linie der Widerstand Frankreichs zu überwinden ist, darüber herrscht in Rom kein Zweifel. Allmählich hat man aber durch die napoleonischen Trompetenstöße die faschistischen Massen wild gemacht. Es genügt der kleinste Zwischenfall und die faschistische Volksseele beginnt zu kochen. So ist nach dem letzten Attentat auf Mussolini wieder eine Welle des Franzosenhasses durch Italien gegangen. Es kam zu den ernsten Zwischenfällen in Ventimiglia und anderen Orten. Mussolini sind diese Vorfälle ohne Zweifel höchst fatal, aber er mußte für sie die Verantwortung tragen und inzwischen patscht er durch seine, innerpolitisch notwendigen, Cäsarenreden die Faschisten immer mehr auf. Auf diese Weise kann sich in absehbarer Zeit eine Situation ergeben, die zu einem Mittelmeerkrieg zwischen Italien und Frankreich führt.

In England und Amerika haben wichtige Neuwahlen stattgefunden. Die Wahlen in den Vereinigten Staaten brachten eine teilweise Ergänzung der beiden Häuser des amerikanischen Parlaments des Repräsentantenhauses u. des Senats. Nach den bisher vorliegenden Resultaten hat die herrschende republikanische Partei Verluste erlitten, während die Demokraten eine Anzahl von Mandaten gewannen. Es scheint jedoch, daß die Republikaner die Mehrheit in beiden Häusern behaupten. Präsident Coolidge kann also seine Politik auf der bisherigen Linie fortsetzen, aber auch eine stärkere Wendung der amerikanischen Wählerschaft zu den Demokraten hin, würde die Außenpolitik der Vereinigten Staaten nicht nennenswert verändern. Der Kampf zwischen den republikanischen und demokratischen Kandidaten erfolgte diesmal in den einzelnen Staaten nicht nach großen politischen Prinzipien. Die eine wie die andere Partei ist eine gleich korrupte Vertreterin des amerikanischen Großkapitals. Es ist auch gar keine Rede davon, daß etwa die Demokraten linksnon den Republikanern ständen, sondern in Amerika gibt es in den beiden großen Parteien der Bourgeoisie je einen rechten und einen linken Flügel. Die rechten Republikaner und die rechten Demokraten entsprechen bei uns etwa der Deutschen Volkspartei, die beiden linken Flügel könnte man mit den deutschen Demokraten vergleichen. Der Sinn der amerikanischen Wahlkämpfe war diesmal der Kampf zwischen einzelnen Kapitalistengruppen, ja sogar einzelnen großen Firmen. Es handelte sich darum, ob in einem Staat eine bestimmte Eisenbahngesellschaft den Regierungsapparat beherrschen soll, oder eine Bankfirma, oder eine Petroleumfirma und ähnliches. Die breiten Massen der Wähler interessierten sich am meisten für die Parole: für oder gegen die Abstinenz. An der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist seit Jahren die gleiche Tendenz unverändert vorherrschend: Hochschutzzölle, kein Eintritt in den Völkerbund, rücksichtslose Eintreibung der Schulden von den europäischen Staaten, Kapitalsanlage in Europa, soweit das Geld als sicher betrachtet wird. Die führenden Demokraten sind ebensowenig wie die Republikaner geneigt, den europäischen Schuldnern, also zum Beispiel Frankreich, irgendwelche Summen zu erlassen. In dieser Beziehung bringen die amerikanischen Wahlen keinerlei Entlastung. Die Massen der amerikanischen Arbeiter laufen immer noch hinter den bürgerlichen Parteien her. Um so klarer ist die Klassenfront heute in England gezogen. Die Kommunalwahlen, die in zahlreichen wichtigen Orten Großbritanniens stattfanden, brachten überall geradezu überraschende Siege der Arbeiterpartei. Die Erfolge der Arbeiterpartei waren so groß, daß es für Herrn Macdonald selbst unheimlich wurde. Die opportunistischen Führer der Arbeiterpartei wissen sehr gut, daß die nächsten Wahlen zum Unterhaus ihnen die Macht geben werden. Sie wissen ebenso, daß sie nichts tun werden, um den Willen der Wählerschaft zu befriedigen, denn die Massen der englischen Arbeiter erwarten von der nächsten Arbeiterregierung energische Schritte auf dem Wege zum Sozialismus, in erster Linie die Enteignung der Bergwerke. Macdonald und Genossen möchten sich gern dieser Situation entziehen, aber es wird ihnen nicht gelingen. Die britischen Kommunalwahlen zeigten wiederum die Radikalisierung der Massen infolge des immer noch fortdauernden Bergarbeiterstreiks. Die neugewählten Stadtverordneten gehören größtenteils dem linken Flügel der Arbeiterpartei an, ganz besonders war dies in den Bergarbeiterbezirken der Fall.

Ueber die Thoiry-Pleite findet man in den Zeitungen, die Herrn Stresemann nahe stehen, trübselige Betrachtungen. So schreibt die „Tägliche Rundschau" am letzten Freitag: „Bei den Besprechungen in Thoiry hat man für die Durchführung des Programms eine Zeitspanne ins Auge gefaßt, die mit einem Jahr sicher nicht zu knapp bemessen ist, deshalb ist es töricht, wenn man aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge einen Zusammenbruch der ganzen Verständigungsaktion folgern will." Also nach einem Jahr sollen bestenfalls die Früchte von Thoiry reifen. Vor Tische las man es anders. Die Stresemannpresse sucht die Niederlage dadurch zu verschleiern, daß man plötzlich mit ganz neuen Projekten kommt. Es ist nicht mehr von einer Teilmobilisierung der deutschen Eisenbahnschuld die Rede, sondern es heißt, daß eine Revision des ganzen Dawesplanes anzustreben sei. Mit dem Dawesplan hänge aber wieder die Gesamtfrage der Verschuldung Europas an Amerika zusammen. (Die Entente will nur in dem Maße Deutschland einen Schuldennachlaß gewähren, wie Amerika seinerseits auf Schuldforderungen an England und Frankreich verzichtet.) Aber wie wir oben festgestellt haben, besteht keinerlei Aussicht darauf, daß die Vereinigten Staaten ihre Schuldenpolitik irgendwie in absehbarer Zeit ändern. Die große internationale Kapitalistenverständigung, die alle Widersprüche ausgleichen soll, bleibt also eine Utopie, so sehr sie auch von den Aposteln der zweiten Internationale prophezeit wird.

Mussolinis Provokateurpolitik

Lockspitzelarbeit und verschärfter weißer Terror.

Fast gleichzeitig mit der Verkündigung des „Gesetzes zum Schutze des Faschismus", des Verbotes aller nichtfaschistischen Zeitungen, Zeitschriften und Parteien und der Einführung der Todesstrafe für alle antifaschistischen Taten, wirbelt der Garibaldiskandal viel Staub über die Methoden Mussolinis und die Organisation der verschiedenen „Attentate" auf. Mussolini hat, um sich mit verstärktem persönlichen Nimbus zu umgeben und ein Pogromdekret gegen alle Nichtfaschisten durchführen zu können, durch seine politische Polizei — nach altbewährtem Muster anderer weißer Terrorländer — durch Lockspitzel Attentate und Verschwörungen provozieren lassen. Es ist ihm nicht gelungen, mit dieser Lockspitzelarbeit in die Kreise der revolutionären Arbeiterschaft einzudringen und dort zu individualen Terrorakten aufzuwiegeln. Aber seine Provokationen glückten ihm in den Kreisen der demokratischen und anarchistischen Emigranten im Ausland, insbesondere in Frankreich.

Der Oberst Ricciotti Garibaldi galt in den letzten Jahren als Führer der antifaschistischen Bewegung der italienischen Demokraten und Republikaner. Vor zwei Jahren kündigte er an, daß er Mussolini, wenn es nicht anders gehe, mit Gewalt stürzen und an der Spitze aller italienischen Republikaner gegen Rom marschieren werde. Obwohl große Geldmittel, die unter italienischen Emigranten gesammelt wurden, spurlos verschwunden sind, hatte Oberst Garibaldi bis in die letzten Wochen unbestritten die Führung der antifaschistischen Bewegung. Der französischen Polizei ist es gelungen, in Nizza — im Zusammenhang damit, daß der Chef der politischen Polizei in Rom mit falschem Paß und unter falschem Namen nach Nizza gekommen war und dort erkannt wurde — Garibaldi als Geheimagenten Mussolinis zu enthüllen. Wie einst Asew an der Spitze der russischen Sozialrevolutionäre die wichtigsten Parteigenossen an die zaristische politische Polizei verraten und verkauft hat, so tat dies auch der antifaschistische Führer Garibaldi seit 18 Monaten. Er verriet und verkaufte seine vor den Faschisten geflüchteten Landsleute an Mussolini und empfing dafür bisher 400 000 Lire. Garibaldi hatte sich auch damit betätigt, mit Hilfe von falschen Pässen, die er sich von der römischen politischen Polizei verschaffte, einzelne Emigranten zu „kühnen Attentaten" nach Italien hinauszuschicken und sie damit in die Hände der politischen Polizei zu spielen. Die französische Polizei nahm ihn jetzt in Schutzhaft, um ihn vor der Wut seiner erregten früheren Anhänger zu retten. Garibaldi hat auch die Vorbereitungen der katalonischen Separatisten zum Aufstand gegen die Diktatur Primo de Riveras in Spanien verraten.

Ausschluß der Parteisabotage!

Urbahns, Scholem und Schwan aus der Partei ausgeschlossen

Das Zentralkomitee hat in seiner Sitzung vom 5. November mit der Angelegenheit des Genossen Urbahns, Scholem und Schwan sich beschäftigt. Zur Verhandlung standen die bereits von uns mitgeteilten Beschlüsse des Polbureaus. Nach einer 10stündigen Verhandlung machte das Polbureau neue Vorschläge, um auch die letzten Möglichkeiten der Verhinderung des Ausschlusses der oppositionellen Genossen auszuschöpfen. Urbahns, Scholem und Schwan lehnten die Vorschläge ab und wiesen einen vom Genossen Weber gestellten und vom ZK akzeptierten Vermittlungsvorschlag zurück. Die Opposition hat damit jede Möglichkeit einer Verständigung mit der Partei abgeschlagen. Das ZK faßte darauf gegen 3 Stimmen den Beschluß, Urbahns, Scholem und Schwan wegen fortgesetzter fraktioneller Tätigkeit und wegen monatelangem Bruch der Parteidisziplin, wegen fortgesetzter Verbindung mit Feinden der Partei und wegen Propaganda unkommunistischer Ideen aus der Partei auszuschließen.

Dieser Beschluß des ZK, nachdem Urbahns, Scholem und Schwan aus der Partei ausgeschlossen sind, entspricht dem Willen der gewaltigen Mehrheit der Partei, die den Bruch mit den offenen Parteifeinden unablässig gefordert haben.

Arbeiterstimme

Nr. 250
2. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

8. November 1923: Putsch der Nationalsozialisten und Deutschvölkischen unter Hitler und Ludendorff in München mit anfänglicher Unterstützung Kahrs. — 1918: Generalstreik in Braunschweig. Revolution greift auf Hannover und Köln über. Bremen zum Freistaat erklärt. München A.- und S.-Rat fordern Nationalversammlung. General v. Linsingen verbietet die Revolution in Berlin. — 1917: Annahme der Dekrete über Land und Frieden durch den 2. Sowjetkongreß. Bildung des Rates der Volkskommissare unter Vorsitz Lenins. — 1905: Roter Matrosenaufstand in Kronstadt unter bolschewistischem Einfluß. — 1848: Robert Blum erschossen.

Protestversammlung der Untermieter und Wohnungslosen

Der Saal im „Odeum" war leidlich gefüllt. Die Gruppen der Stadtverordneten waren eingeladen, 10 Minuten Redezeit waren ihnen in der Einladung zugebilligt. Der Vortragende, Genosse Vogel, behandelte die in der Entschließung angeführten Forderungen: Durchführung des städtischen Wohnungsbauprogramms und Steigerung im kommenden Jahre, Erhöhung der Subventionsziffer der Vordringlichen von 25 auf 50 vom Hundert, Abänderung der Vergebungsrichtlinien und Herabsetzung der Altersgrenze von 38 auf 28 Jahre, sowie Verschiebung des Stichtages auf den 1. Januar 1926, dazu allgemeine Forderungen zur Verwendung der gesamten Mietzinssteuer für den Wohnungsbau u. a.

Der Spitzenkandidat der kommunistischen Liste 4 ging in geschickter Form auf die grundsätzliche Frage ein: Wem seine Wohnung, warum Untermietereselend? Schuld ist allein die Profitgier der Unternehmer, der Hausagrarier, das kapitalistische System. Genosse Schrapel kritisierte scharf die Verfügung des „Wohlfahrts"ministers Eisner, Freigabe der Untermietzimmer betr., und die Haltung des Demokraten Berndt und der Bürgerlichen, die den kommunistischen Antrag gegen die Verordnung abgelehnt hatten. Er kennzeichnete das Wirken der kapitalistischen Mehrheit (einschließlich Berndt, Blumentritt und des Rates) gegen die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau, gegen städtischen Reglebau und die Bereitstellung der Mittel für Notstandsarbeiten, auch für den Straßen- und Wohnungsbau.

Blumentritt vertritt schüchtern seine unmögliche Bauordnung in Köln, daß er den Untermietern einen Sitz im Wohnungsausschuß in Aussicht stellen kann, als ob das der Weisheit letzter Schluß wäre. Stimmen will er natürlich keine fangen. Berndt, Demokrat, spricht als Mietervertreter (!) und ist bereit, seine kapitalistische Ader zu vertuschen. Endlich erscheint die Spitze der „revolutionären Linken", Schurig, und macht den Anwesenden weiß, daß er immer die Initiative bei den Stadtverordneten gehabt habe und dann erst die Sozialdemokratie und die Volkspartei (!) usw. ihm Recht gegeben hätten. Im übrigen polemisiert er gegen Blumentritt.

Die Anwesenden spendeten überall bald mehr, bald weniger Beifall. Eingestellt auf die persönliche Notlage fehlt die Erkenntnis der Zusammenhänge. Genosse Schrapel wies darauf besonders hin. Das Geschick der Wohnungslosen und Untermieter ist mit dem aller Bedrückten, der Erwerbslosen, der Kriegsopfer aufs engste verknüpft. Zusammenschluß aller Entrechteten gegen die Ausbeuter ist Gebot der Stunde.

Auf die Untermieter und Wohnungslosen gilt wohl auch die Parole des Dresdner Proletariats:

Für ein rotes Stadtparlament!

Wählt Kommunisten, Liste 4.

Für ein rotes Dresden!

Wählt Kommunisten ins Stadtparlament!

Es sprechen am Mittwoch, den 10. November, in den „Blumensälen", Blumenstraße,
Landtagsabgeordneter Dr. Schmincke — Stadtverordneter Oberlehrer Schrapel.
Abends 7.30 Uhr.

Dresdner Volksbühne E. V.

Opernhaus

	Nummern
Montag, 8. 11. Eugen Onegin	4365—4437
Mittwoch, 10. 11. Hoffmanns Erzählungen, Vollvorstellung	4438—4917
Freitag, 12. 11. Der Freischütz	4918—4990
Donnerstag, 14. 11. Die Bohème	4991—5056
Montag, 15. 11. Rienzi	5057—5122

Schauspielhaus:

Montag, 8. 11. Das Grabmal des unbekannten Soldaten	2468—2486
Dienstag, 9. 11. Herodes und Mariamne	2487—2549
Donnerstag, 11. 11. Der Revisor, Vollvorst.	2550—2969
Freitag, 12. 11. Maß für Maß	2970—3048
Sonnabend, 13. 11. Die Mitschuldigen, Die Laune des Verliebten	3049—3127
Montag, 15. 11. Rose Bernd	3128—3206

Die Komödie:

	Volksb.
Montag, 8. 11. 7.45 Uhr Ueberfahrt	621—680
Dienstag, 9. 11. 7.45 Uhr Der Garten Eden	681—730
Mittwoch, 10. 11. 7.45 Uhr Ueberfahrt	731—790
Donnerstag, 11. 11. 7.45 Uhr Der Garten Eden	791—840
Freitag, 12. 11. 7.45 Uhr Ueberfahrt	841—900
Sonnabend, 13. 11. 7.45 Uhr Der Garten Eden	901—950
Sonntag, 14. 11. 12 Uhr Ernst Deutsch, Dichtungen unserer Zeit	
Sonntag, 14. 11. 4 Uhr Der Meister	
Sonntag, 14. 11. 7.45 Uhr Der Garten Eden	951—1000
Montag, 15. 11. 7.45 Uhr Ueberfahrt	1001—1060 Abt. A 1

Albert-Theater:

Montag, 8. 11. Der Igel, Vollvorstellung	5451—5850
Freitag, 12. 11. Mord, Vollvorstellung	1101—1500

•

Das nächste Sinfoniekonzert findet Mittwoch, 10. November, 7.30 Uhr im Gewerbehaus statt. Leitung: Generalmusikdirektor Eduard Mörike. Orchester: Dresdner Philharmonie.

Zur Aufführung gelangt: Die Tanzmusik im Spiegel der Zeiten (alte und neue Tanzweisen), mit verbindendem und erläuterndem Vortrag. Händel, Bach, Boccherini, Mozart, Beethoven, Weber, Lanner, Strauß.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Pflichtveranstaltungen zu besuchen. Freier Kartenverkauf für Mitglieder zu Mk. 1.50 in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36, 11 bis 3 Uhr, sowie Abendkasse, für Nichtmitglieder a Mk. 3.— nur bei Riesch, Seestraße 21, sowie Abendkasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendbünde und Reichswehrangehörige erhalten an der Abendkasse gegen Ausweis Galerieplätze zu Mk. —.75.

Aufgenommene Mitglieder Nr. 1501—2000 und Albrecht A.

Die Mehrheit im Dresdner Stadtparlament und die Kommunisten

Die Wahl zum Stadtparlament erfolgte in einer Periode, in der die Kommunistische Partei zur Illegalität verurteilt war. Seeckt und Müller beherrschten Deutschland, nachdem sie vorher mit genügend Truppenaufwand die verfassungsmäßige sächsische Regierung zum Teufel gejagt hatte. Ihrer wichtigen Arbeit wegen — Verjagung der Regierung, Verhaftung der Kommunisten — mußten sogar die Wahlen, die erst für den 13. November 1923 vorgesehen waren, auf den 13. Januar 1924 verschoben werden. Der Militarismus ging soweit, kommunistische Listen zu verbieten. Unter dem Kennwort „Kommunistische Liste aller Werktätigen" wurde deshalb die Liste eingereicht. Die Wahl selbst war ein glänzender Erfolg. 59 363 Stimmen vereinigte die KPD in Dresden auf sich. War sie bisher mit 4 Mandaten vertreten, so gewann sie jetzt 6 dazu und steigerte die Zahl derselben auf insgesamt 10. Die kommunistische Fraktion war damit eine der stärksten Fraktionen im Plenum. Nur den Wahltricks der Bürgerlichen, bei denen sich die Fraktion der Hausbesitzer den Deutschnationalen und der Beamtenvertreter Lubich sich erst den Deutschsozialen, später der Deutschen Volkspartei anschloß, haben diese ihren zahlenmäßigen Sieg über die Linke zu verdanken. 44 Bürgerliche standen in diesem Kollegium 31 Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber. Ganz selbstverständlich versuchten die Bürgerlichen ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit auf allen Gebieten auszunutzen. Rücksichtslos wurde Politik gegen die Arbeiter gemacht. Die SPD, die vorher immer die Mehrheit in diesem Kollegium mit und ohne KPD gestellt hatte, bekam hier den alleranschaulichsten Unterricht über „Demokratie". Geändert hat sie sich, trotzdem sie vorgibt, links zu sein, auch dadurch nicht. Das beweisen die verschiedensten Vorgänge. Schon bei der Wahl des Präsidiums ergaben sich die ersten Konflikte. Die Bürgerlichen reklamierten den Vorsteher für sich. Das Los mußte entscheiden. Es fiel auf den Sozialdemokraten Edmund Fischer. Bezeichnenderweise verhalf die sozialdemokratische Fraktion, der vorher von allen bürgerlichen Fraktionen Kampf angesagt worden war, dem Deutschnationalen Kohlmann durch aktive Stimmabgabe für diesen zum ersten Vizevorsteherposten.

Der Schriftführer Eisner — heute ASPS war es der sogar im Namen der in ihrer Mehrheit aus Linken bestehenden SPD-Fraktion Kohlmann zum Vorschlag brachte.

Die „unparteiische Geschäftsführung", die der sozialdemokratische Vorsteher versprochen hatte bei Uebernahme des Vorsteherpostens, wandte er allerdings den Bürgerlichen gegenüber an. Gegen die Kommunisten hagelte es Ordnungsrufe und Wortentziehungen. Nicht selten wurde die Tribüne geräumt oder den Bürgerlichen zu Liebe die Sitzung vorzeitig geschlossen. Schon die dritte Sitzung wurde wegen eines kommunistischen Antrages vorzeitig geschlossen. Selbst die sozialdemokratische Fraktion war verschiedenfach gezwungen, durch ihren Fraktionsvorsitzenden Rölch öffentlich gegen die parteiische Geschäftsführung ihres Vorsitzenden, die dieser zugunsten der Bürgerlichen anwandte, Stellung zu nehmen.

Die kommunistische Fraktion sah sich deshalb auch 1925 außerstande, für die Kandidatur des sozialdemokratischen Vorsitzenden zu stimmen.

Die bürgerlichen Fraktionen traten hier geschlossen auf den Plan. Als ihren Vertreter schlugen sie den Fraktionsvorsitzenden der deutschnationalen Fraktion, Rechtsanwalt Kohlmann, vor, der auch mit Stimmenmehrheit gewählt wurde. Zum 1. Vizevorsteher wurde von allen bürgerlichen Fraktionen, der durch seine Geschäftsführung gegen die Kommunisten bekannte Fischer III gewählt.

In der 22. öffentlichen Sitzung vom 2. Juli 1925 stand erstmalig die Wahl für den mittlerweile verstorbenen Vizevorsteher Fischer III (SPD) auf der Tagesordnung. Die bürgerlichen nutzten hier ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit restlos aus.

Der auch von den Kommunisten unterstützte Vorschlag Rölch blieb gegen Holst in der Minderheit. Das Präsidium war demzufolge mit Ausnahme eines sozialdemokratischen Schriftführers lediglich aus Vertretern bürgerlicher Parteien.

Zum Protest erklärte die SPD, ihren Schriftführer, den „Wohlfahrtsminister" Eisner aus dem Vorstand zurückziehen zu wollen. Das war am 6. Juli 1925. Bis zum 24. September hatte es Herr Eisner noch nicht für notwendig befunden, der Erklärung seiner Fraktion entsprechend zu handeln. Erst am 19. November — also reichlich 4 Monate später — nachdem von der kommunistischen Fraktion öffentlich festgestellt war, daß Eisner nicht mehr in Dresden, sondern in Coschebaude wohnte, bequemte sich dieser unter dem Druck der Oeffentlichkeit, sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen.

Die Vergewaltigung der Linken wurde auch im Jahre 1926 fortgesetzt. Bei der Neuwahl des Vorstandes 1926 besetzten die Bürgerlichen, einschließlich der Demokraten, den Vorstand allein.

Damit hatte die SPD die Quittung für ihr feiges Verhalten in früheren Jahren erhalten.

Eine von der KPD angebotene Obstruktion lehnte sie ab.

Die Taktik der Kommunisten, die schon im Jahre 1922/23, zur Zeit, da noch eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit bestand, Bildung eines Arbeiterpräsidiums vorgeschlagen hatte, bestätigte sich als richtig. Damals konnte derselbe Eisner im Auftrage der SPD sich gestatten, folgende Vorschläge zu machen:

1. Vorsteher SPD Wirth,
2. Vorsteher DVP Holst,
3. Vorsteher DnVp Kohlmann.

Die SPD ging sogar soweit, die Wahl in einem Wahlgange zu empfehlen, also auch die Wahl des Deutschnationalen und Deutschen Volksparteilers.

Zur Begründung dieser Stellung der SPD-Fraktion gab Eisner folgende Erklärung ab:

„Die SPD bestreitet keineswegs, daß ihr früher in diesem Hause Unrecht getan worden ist. Sie hat aber kein Bedürfnis, dieses Unrecht von damals mit einem neuen Unrecht zu vergelten. Das war die Veranlassung für die sozialdemokratische Fraktion, das Präsidium so zu besetzen, wie es heute in Vorschlag gebracht worden ist. Es entspricht durchaus den Gepflogenheiten dieses Hauses, daß die stärkste Fraktion den Vorsteher stellt und die nochstärkste Fraktion die Vizevorsteher.

Wir haben diesem Recht und alten Brauch entsprochen."

Die Bürgerlichen fragten, als sie die Mehrheit besaßen, den Teufel nach diesen Erklärungen der Sozialdemokraten von früher. Rücksichtslos machten sie von ihrer Macht Gebrauch.

Für die Arbeiter ergibt sich damit die eine Lehre, dem Machtwillen der Bürgerlichen muß die geschlossene Kampffront der Arbeiter entgegengestellt werden.

Nicht Liebedienerei gegen die Bürgerlichen, sondern entschlossener rücksichtsloser Klassenkampf muß die Parole sein!

Diesen entschlossenen Willen verkörperte und verkörpert allein die Vertretung der Kommunistischen Partei.

Schafft deshalb die Arbeitermehrheit unter kommunistischer Führung im Dresdner Rathaus! Verhindert die Uebertragung des neuen Arbeiterverrats von Berlin auf Dresden.

Wählt Kommunisten!
Liste 4!

Ein wertvoller Zuwachs im Dresdner Zoo

Von der Leitung des Zoologischen Gartens wird uns geschrieben: Zu Beginn des Winters pflegen die Zoologischen Gärten keine Tiere zu kaufen, am wenigsten solche, die aus tropischen Gebieten stammen und frisch eingeführt werden. In erster Linie, weil man sich bei den äußerst geringen Wintereinnahmen nicht mit neuen Ausgaben für Anschaffung, Wartung und Pflege belasten will; sodann aber auch, weil doch immer ein großes Risiko mit der Haltung von Tropentieren verbunden ist. Wenn wir jetzt von dieser allgemeinen Regel Abstand nehmen und sogar eine tropische Anschaffung größten Stils in dieser toten Jahreszeit gemacht haben, so muß es sich um etwas ganz Besonderes handeln, und dies ist in der Tat der Fall. Ein ganz einziges Stück von einem riesigen Waldmenschen kam durch die Firma L. Ruhe in Alfeld a. d. Leine auf den deutschen Tiermarkt und wäre nach Amerika weitergegangen, wenn wir nicht zugegriffen hätten. Das Tier ist ein völlig ausgewachsenes Männchen und schon durch seine Größe eine Seltenheit ersten Ranges. Aber dies allein würde nicht vermocht haben, uns zu so ungünstiger Jahreszeit einen so tiefen Griff in unsere Kasse tun zu lassen. Es mußte noch hinzukommen, daß es sich allem Anschein nach um ein durchaus gesundes Tier handelt, das sich überraschend gut mit dem Gefangenschaftszustande abgefunden hat und das dargereichte Ersatzfutter willig und reichlich annimmt. Unser Goliath macht einen hervorragend gesunden Eindruck; er wandert sehr lebhaft im Käfig umher und nimmt das ihm dargebotene Futter manierlich an sich, hat eine gesegnete Verdauung. — Trotzdem gab es allerlei Bedenken. Ganz abgesehen davon, daß man auch bei dem besten Gesundheitszustande bei einem Tier, das in ausgewachsenem Zustande plötzlich aus voller Freiheit in Gefangenschaft gelangt, nicht auf ein langes Ausdauern zu rechnen gewohnt ist — wo sollte man ein so riesiges und mit Vorsicht zu betreuendes Tier unterbringen? Diese Frage wäre selbst dann aufzuwerfen gewesen, wenn die drei Abteile des für Affenmenschen reservierten Sonderraumes im Affenhaus nicht durch Fortnahme der Trennwände zu einem geräumigen Tummelplatz für den beliebten Schimpansen gemacht worden wären; denn ein so riesiges und gefährliches Tier kann nur nach Art der Bären oder der großen Katzen, wie Löwen und Tiger, untergebracht werden. Auch die übrigen Gelasse des Affenmenschen eignen sich nicht zur Unterbringung des wertvollen Tieres. Es blieb daher nichts anderes übrig, als einen besonderen Käfig herzustellen in einem entsprechend heizbaren Hause. Die einzige dafür geeignete Stelle bot der Raum des Aquariums, in dem die Nilpferde untergebracht sind: er hat nicht nur Wärme, sondern auch genügend Luftfeuchtigkeit und kann wenigstens eine einigermaßen ansehnliche Zuschauermenge fassen. Immerhin wird es nötig sein, daß während der Besuchszeit, besonders an Sonntagen, die Beschauer sich nicht gar zu lange vor dem Käfig aufhalten, sondern den Nächstfolgenden Platz machen. In Anbetracht der ungeheuren Ausgabe war es nötig, den Zutritt zu dieser größten Sehenswürdigkeit von einem Sondereintritt abhängig zu machen. Es wird daher in Zukunft bis auf weiteres das Betreten des Aquariums wie vor der Kriegszeit von der Lösung einer besonderen Eintrittskarte abhängig gemacht werden. Die Dauerkarteninhaber können für eine geringe Zuzahlung den Dauereintritt erlangen. Der Drang ist seit Sonnabend zu besichtigen.

Eintrittskarten abholen!

Alle Stadtverordneten haben Eintrittskarten im Parteisekretariat und die Ortsgruppen der Partei in der „Arbeiterstimme" sofort abzuholen.

Revolutions-Kundgebung

zu Ehren der russischen Revolution

am 9. November, abends 7 Uhr in den Annensälen, Fischhofplatz

Große künstlerische Darbietungen von Arbeitermandolinisten und Arbeitersängern. Ansprache des Landtagsabgeordneten Bruno Siegel.

Alle Mitwirkenden haben 5.30 Uhr in den „Annensälen" zu erscheinen!

RFB Zentrum. KPD Stadtteil Zentrum 1.

Wegen unheilbarer Krankheit in den Tod. Die Gattin eines Straßenbahnschaffners in Striesen wurde in einem Kleiderschrank erhängt aufgefunden. Verzweiflung über eine anhaltende Krankheit trieb sie in den Tod.

Der Cottaer Mordversuch hat noch nicht zur Klärung gebracht werden können, da es bisher unmöglich war, den Friseur Schulz, der die Schlosserehefrau Köppe zu ermorden versucht hatte, zu ermitteln. In der Nähe des Tatorts wurde das Messer, das er benutzt hatte, mit verbogener Spitze aufgefunden. Schulz soll über reichliche Geldmittel verfügen.

Die übereifrige Polizei. Beim Einbiegen nach der Schützenkaserne rannte gestern auf der Königsbrücker Straße ein vollbesetzter Großkraftwagen der Polizei gegen einen Straßenbaum. Der Wagen wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die in dem Kindererholungsheim Lenggries untergebrachten Dresdner Kinder treffen am 8. November, abends 11.50 Uhr auf dem Dresdner Hauptbahnhofe ein. Die Angehörigen der Kinder werden ersucht, diese zur angegebenen Zeit auf dem Hauptbahnhofe abzuholen.

Straßenbenennung. Der Rat hat beschlossen, die Straße 32 im Stadtteil Bühlau (zwischen Quohrener Straße und Flur Weißig) Hornweg zu benennen.

Günzbad. Am Dienstag, den 9. November, sind sämtliche Abteilungen von vormittags 8 Uhr bis mittags 1 Uhr geöffnet. In beiden Schwimmhallen Familienbad. Kassenschluß 12 Uhr, für Schwitz- und Hundebad 11 Uhr.

Zentralverband der Angestellten. Am Mittwoch, den 10. November, abends 7.30 Uhr findet die Generalversammlung des ZdA im „Trianon", Seitensaal (früheres Volkswohl), Eingang Schützenplatz 1, Hausflur rechts, statt. Weiter findet am Donnerstag, den 11. November abends 7.30 Uhr eine öffentliche Versammlung der Angestellten im Dresdner Einzelhandel im großen Saal der „Drei Raben", Marienstraße, statt, in der das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Icko, Berlin, über das Thema „Der Rauch der Freiheit im Einzelhandel" spricht. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Einzelhandelsangestellten eingeladen.

Voraussichtliche Witterung am 9. 11. (Dienstag): Zunächst ziemlich heiter, trocken, früh etwas kälter, später wolkiger, etwas milder, windig, zeitweise Niederschläge, strichweise Morgennebel.
Am 10. 11. (Mittwoch): Ziemlich trüb, windig, Niederschläge, zeitweise mild.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Willy Schneider, Freital

Aus Ostsachsen

Heidenau. (Tödlich verunglückt.) Am 5.11., kurz nach 4 Uhr, wurde der im 7. Lebensjahre stehende Sohn des Steindruckers W. von Heidenau auf der Hauptstraße, Ecke Dohnaer Straße von einem Lastauto überfahren. Er wurde nach dem Johanniterkrankenhaus gebracht, wo er sofort verschied. Festgestellt muß werden, daß das Lastauto keine Hebewinde hatte, so daß der unglückliche Knabe längere Zeit darunter liegen bleiben mußte, ehe er aus seiner Lage befreit werden konnte.

Pirna. (Berichtigung.) Im „Roten Elbtalwächter", der Wahlzeitung der KPD, ist durch einen Druckfehlerteufel im Absatz „Die Steuerpolitik des jetzigen Reichsfinanzministers", Herr Reinhold zu einem „Koalitionsgenossen der KPD" gemacht worden. Es muß natürlich „SPD" heißen.

Pirna. Nochmals: „Der Bärendienst des Kommunisten Rädel". Die Antwort der Volkszeitung auf unseren Artikel zu ihrem Stadtverordnetenbericht ist so gedrückt, daß man ihr deutlich den ertappten Schwindler anmerkt. Alles, was sie von Unfähigkeit der Fraktion, von einem noch unfähigerem Artikelschreiber und von der Dummheit, gegen die selbst die Götter vergebens kämpfen, schreibt, fällt auf sie selbst zurück. An der Tatsache unserer Angaben über den eigentlichen Bärendienst kann sie trotz der vielen „17 zu 17" nichts ändern. Der Antrag des Gen. Rädel war gestellt worden, um grundsätzlich zu klären, in wie weit überhaupt der Vorsteher ein Recht darauf hat, Punkte wie Rottwerndorf in die nichtöffentliche Sitzung zu verlegen. Wir stellen nochmals fest, daß die superkluge SPD-Fraktion der Situation gegenüber vollkommen versagte und bedingungslos den Vorschlag der unfähigen Kommunisten unterstützte und sich an unsere Obstruktion anhängte. Allerdings müssen wir feststellen, daß nur momentane Kopflosigkeit die Herrschaften zwang, einmal etwas richtiges zu tun, denn als dann die Geschichte ernsthaft wurde, erklärte Frau Seifert: „Wir wollen im Parlament kein Theater spielen. Ich mache die Obstruktion nicht mit." Das ist die sozialdemokratische Methode, zuerst hochtönende Phrasen und dann ein klägliches: „Wir haben es nicht gewollt." Um so widerlicher muß es wirken, wenn die eigene Unfähigkeit verdeckt wird mit einer Schimpfkanonade gegen die Kommunisten. Was das angebliche Fehlen des Genossen Rädel betrifft, so sei nur festgestellt, daß es sich auch hier nur um einen unverschämten Wahlschwindel zur Rasführung der „Wählermassen handelt. Lächerlich muß das Geschrei über die bösen Kommunisten wirken, die den Erwerbslosen nicht einmal ein paar Birnen gönnen. Die Erwerbslosen selbst wissen ganz genau, wer gegen sie und wer für sie immer und unentwegt Stellung genommen hat. Sie haben die „Hilfsbereitschaft" der SPD in Kommune, Land und Reich ja zur Genüge am eigenen Leibe erfahren. Sie kennen auch die Stellung des ADGB-Vorsitzenden Kostek zur Genüge. Sie wissen, was für eine Bewandtnis es damit hat, daß die SPD Pirna plötzlich vor der Wahl die Rettungsinsel für die Erwerbslosen entdeckt. Sie diskutieren schon darüber, daß wir kaum noch ein Wort darüber verlieren brauchen. Wir haben es auch nicht nötig, besonders daran zu erinnern, was für ein Gesicht derselbe Menschenfreund mit den süßen Birnen in einer Rentnerversammlung seinerzeit gezeigt hat. Und nicht ganz uninteressant ist, darauf hinzuweisen, daß in derselben Nummer, in der der kommunistische „Bärendienst" so ausführlich behandelt wird, die Volkszeitung ohne jede eigene Stellungnahme eine Auslegung der Gemeindeordnung aus dem „Pirnaer Anzeiger" abdruckt, die nachzuweisen versucht, daß die Stadtverordneten bis Ende des Jahres zu amtieren hätten. Diese Bärendienste, die alle in der Linie des Hohenzollernskandals in Preußen und noch vieler anderer liegen, sollen mit der Legende vom „Bärendienst der Kommunisten" verschleiert werden. Den infamen Schwindel, daß einer unserer Fraktionsgenossen gebeten habe, die Sitzung zu verhindern, hängen wir nur tiefer. Die Werktätigen Pirnas haben am 14. November Gelegenheit, diesen politischen Roßtäuschern die Quittung für ihren Arbeiterbetrug zu geben durch die Wahl der Liste der Kommunisten.

Oberseifersdorf bei Zittau. Die letzte öffentliche Gemeindeverordnetensitzung wies eine äußerst reichhaltige Tagesordnung auf. Es wurde vom zuständigen Ausschuß über den Stand der im Bau befindlichen Wasserleitung Bericht erstattet. Betreffs der Hausanschlüsse, welche demnächst beginnen, wurde beschlossen, die Leitung bis an die Grundmauer des von der Hauptleitung am nächsten gelegenen Wohngebäudes zu führen. Außerdem wird für den evtl. späteren Einbau von Wasseruhren jeder Wasserentnehmer verpflichtet, ein Paßstück einzuziehen, wofür die Gemeinde 5 RM Entschädigung zahlt. Das Kapitel Wohnungsbau beschäftigt das Kollegium schon mehrere Sitzungen, ohne das man zu einem Ergebnis kommt. Interessant war eine Zuschrift der Landständischen Bank Bautzen über Aufwertung von 10 000 Mark Kriegsanleihe, welche in den letzten Kriegsmonaten von den hiesigen Ueberpatrioten den Massenmördern zum „Durchhalten" zur Verfügung gestellt wurden.

Eine noch nie dagewesene Einheitsfront zeigte sich, in den Zuschlägen zur Gewerbe- und Grundsteuer. Genosse Heutschke begründete die ablehnende Stellungnahme der kommunistischen Fraktion zu dieser Steuer, die eine Entlastung des Großgrundbesitzes usw. und eine schwere Belastung der kleinen Landwirte usw. darstelle. Ein „Landbündler" Mönch versuchte den Nachweis zu erbringen, daß „die Landwirtschaft" nicht mehr in der Lage sei, Steuern zu bezahlen, ängstlich vermied er aber auf die steuerliche Belastung der kleinen Landwirte einzugehen. Als aber die kommunistische Fraktion zu seinen Ausführungen Stellung nahm, wurde dieser politische Feigling in seiner „famosen Ecke" wieder einmal recht klein. Die Fraktion „Drehscheibe" kurbelte einige Male hin und her, bis sie auf der äußersten Rechten festlag. Der Führer der SPD-Fraktion W. Paul erklärte sich ebenfalls gegen diese ungerechte Steuer (im Gegensatz zu seinen Parteigenossen im Landtag). Bei der Abstimmung stimmten die KPD und SPD gegen dieses Steuersystem, die Fraktion „Drehscheibe" mit den Deutschnationalen für 120 Prozent Zuschlag. Nach dem noch einige Anmaßungen der Kirchenvertretung zurückgewiesen wurden und die Wahl des Wahlausschusses zur Verordnetenwahl erledigt war, ging es in die Dunkelkammer.

Arbeitersport

Fußballsport vom Sonntag

DSV 10—VfB Riesa 3:2 (1:1). Die Riesaer stellten dem außer Form befindlichen Bundesmeister eine bis auf ihren Linksaußen sehr eifrige Mannschaft gegenüber. Eine Ueberlegenheit des spielgewohnten DSV kam dadurch nie in Frage, in der ersten Hälfte war das Spiel sogar völlig ausgeglichen.

Wilschdorf—Cotta 7:1 (4:0). Den hohen Sieg verdankt Wilschdorf vor allem seiner robusten Spielweise. Durch Herausstellen und Verletzung einiger Spieler auf seiten Cottas mußte das Spiel 20 Minuten vor Schluß abgebrochen werden.

Löbtau—Helios 1:3 (1:1). Ein aufgeregtes Spiel. Löbtau anfangs leicht überlegen. Nach 20 Minuten führt Löbtau durch unhaltbaren Schuß des Mittelstürmers. Wenige Minuten darauf zieht Helios gleich. Durch Elfmeter kann Helios führen. Einige angebliche, dem Publikum nicht genehme Entscheidungen des Pfeifers ließen das Spiel kurz vor Schluß nicht gerade angenehm enden. Ein Unentschieden hätte dem Spielverlauf besser entsprochen.

Heidenau—Pieschen 2:2 (1:1).

Eintracht—Sportverein 01 4:1 (1:1). Eintracht sicherte sich Sieg und Punkte mit einem achtbaren Resultat. Bei 01 langte es nur zu einem Ehrentor. 01 legte Protest ein.

Deuben—Neustadt 4:0 (2:0). Ein flottes Spiel, daß Deuben durch bessere Kombination für sich entscheiden konnte.

Radeberg—Potschappel 2:5 (2:2). Potschappel technisch besser. Bei Radeberg versagte der Sturm in der zweiten Halbzeit.

1885—DSV 15 1:1 (1:1). Der Sieg gehörte eigentlich DSV, aber dessen Unentschlossenheit ließ die besten Chancen unausgenutzt vorübergehen. In der zweiten Halbzeit war DSV den Uebigauern völlig überlegen.

Klotzsche—Bannewitz 7:2. Die Bannewitzer Mannschaft lieferte ein dem Arbeitersport unwürdiges Spiel. Die Klotzscher Mannschaft war immer tonangebend und ihr Sieg stand nie in Frage.

Burgk—Komet, Freiberg 6:1 (4:1). Von beiden Parteien faules und unfaires Spiel. Der Schiedsrichter von Burgk pfiff parteiisch.

Kreischa 1—Striesen 1 5:1, Kleinnaundorf 1—Rabenau 1 5:1, Dölzschen 1—Burgk 2 2:4, FrT Meißen 1—Friedrichstadt 1 1:4.

Untere Mannschaften. Deuben 2—DSV 15 2 9:0, Helios 2—DSV 2 3:3, Spielv. 02 2—Rasenspiele 1 1:4, Cotta 3—Deuben 3 1:0, Helios 3—Lockwitz 2 2:7, Klotzsche 2—Rasenspiele 2 0:2, Kleinnaundorf 3—Großröhrsdorf 2 1:3, Eintracht 2—Friedrichstadt 2 4:1, Neustadt 2—Potschappel 2 3:3, Neustadt 3—Pirna 0:2, Neustadt 4—Cossebaude 2 0:2, 1885 2—Striesen 2 3:0, Heidenau 3—DSV 3 6:0, Heidenau 4—Dohna 2 1:3, Pieschen 3—Radebeul 3 5:0, Löbtau 4—Wurgwitz 2 6:0, Löbtau 5—Pieschen 4 2:2, Kreischa 2—Limbach 1 4:0, Dohna 2—Heidenau 4 3:1 abgebrochen.

Bezirk Oberlausitz.

Fast alle mittels Vorschau angemeldeten Spiele kamen diesmal zum Austrag. — Das Unglaubliche, nämlich, daß VfR 1 Löbau—SC Neugersdorf 1 wieder einen Spielabbruch verschuldete, trat auch diesmal wieder ein. Nach der telephonischen Meldung zu urteilen, sah sich der Schiedsrichter durch das Verhalten der VfRer gezwungen, so zu verfahren, 3:3. Da die 1. Elf Zittau nicht spielfähig war, mußte Zittau Alte Herren gegen Rumburg 1a antreten lassen. Rumburg wurde knapp 1:2 Sieger. Zittau stellte sich der 1b Mannschaft von Rumburg und verlor ebenfalls 3:5. — Reichenau 1 kam, da Löbau 2 wiederum den Spielverpflichtungen nicht nachkam, um sein Spiel. Das letzte Wort dürfte zu dieser Sache noch nicht gesprochen sein. ATV Bautzen Alte Herren lieferte Kirschau 2 ein schönes Spiel, blieb auch mit 5:1 Sieger. — Bautzen 3 konnte auf seinen Gegner, Neugersdorf 2 lange warten. — Reichenau 3 mußte der VfR 3 von Löbau nach flottem Spiele den Sieg mit 1:5 überlassen. — Jugendklasse: Neugersdorf 1—Reichenau 1 3:2. Neugersdorf 2—Reichenau 2 1:2. Zittau 1—Bautzen 1 0:3. Bautzen Schüler—Ebersdorf Schüler 3:0. — Raffball: Ebersdorf hatte an diesem Tage zwei Serienspiele gegen Leutersdorf 1 und 2 zu erledigen. Da es aber Leutersdorf vorzog, nur mit einer 1. Mannschaft, von der noch ein Spieler fehlte, zu erscheinen, erhielt Ebersdorf zwei Punkte kampflos. In dem Spiele Ebersdorf 1—Leutersdorf 1 mußte allerdings Ebersdorf 1 mit 0:9 die Segel streichen. A. W.

Wasserballspiele. Altst. Ost 1—West 10:0, Altst. Ost 2—Nord 2 2:1, West 1 Jgd.—Neust. 2 Jgd. 2:6, Neust. hat zu spät abgesetzt. Nächste Spiele im Günzbad 10.11. 7 Uhr West 1 Jgd.—Neust. 1 Jgd. 11.11. 8 Uhr Neust. 2—Altst. Ost Schüler. Die Schiedsrichter müssen die Spielformulare gleich nach dem Spiele an Gen. Großwig in der Damenhalle abgeben.

Vorschau für Dienstag, den 9. November

DSV 19—Spielvereinigung 02. Anstoß 2 Uhr.

VfR Sportverein 01. Auf den Elbwiesen dürfte wieder einmal ein wirklich gutes Werbespiel ausgetragen werden. Beginn 2.30 Uhr. Vorher messen sich beide zweite Mannschaften.

Berichterstatter! Die nächste Vollversammlung findet der Revolutionsfeier wegen erst nächsten Dienstag, den 16. Nov. statt.

Resultatmeldungen werden am Dienstag, den 9. November, in der Zeit von 5 bis 7 Uhr entgegengenommen Nr. 27812.

Sächsische Spielvereinigung, 2. Bezirk, Dresden.

Bis 20. November haben sämtliche Vereine Kopfsteuer bis 2. Quartal, Mannschaftsmeldegebühren, Serienhefte usw. restlos zu begleichen. Alle bisher eingegebenen Meldungsgesuche laufen mit diesem Tage ab. Vereine, die dem nicht nachkommen, werden ab 28. November mit Spielverbot belegt.

2. Fußballbezirk; I. A.: Werner.

Achtung Vereine! Das Spielverbot für die Fußballabteilung Potschappel tritt nicht in Kraft, da Potschappel seine Verpflichtungen Neustadts gegenüber erfüllt hat.

Dresdner Ballspielverein 1915. Dienstag, den 9. November, treffen sich auf dem Sportplatz Gittersee 12.30 Uhr DBV 2. Jgd.—Wurgwitz 1. Jgd. 1.30 Uhr DBV 2—Wurgwitz 1. 3 Uhr DBV 1—Coswig 1.

Sport- u. Kultur-Kartell Heidenau, Dohna und Umgebung. Montag, den 8. November, abends 8 Uhr im Aufenthaltsraum des neuen Sportplatzes Kartellvollversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Verein für volkstümlichen Wassersport Dresden. Rettungsschwimmkursus beginnt am 10. November, abends 7.30 Uhr, im Günzbad. Die Teilnehmer am Kursus müssen 7.15 Uhr im Bade sein.

Wintersportler. Am 8. November Zusammenkunft aller Vereinswintersportwarte im Dresdner Volkshaus. Beginn 7 Uhr.

Naturfreunde Dresden. 11. Nov. Alt- u. Friedrichstadt Vortrag: Hypnose und Suggestion. Johannstadt Revolutionsfeier. Striesen Kollegenabend. Löbtau Lichtbildervortrag: Mit den Wetterthen vom Erzgebirgskamm bis zur Elbe. Cotta Unterhaltungsabend. Neustadt Heiterer Abend. Hans-Sachs-Spiele. Pieschen Revolutionsfeier. 12. Nov. Wintersportsektion Liederabend. Volkshaus 8 Uhr. Photosektion Arbeitsabend. Jugendabteilung 9. Nov. Revolutionsfeier. Bannewitz 12. Nov. Versammlung bei Richter, 8 Uhr. Briesnitz 14. Nov. Plattdeutscher Abend.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgr. Zschachwitz. 9. Nov. Besuch des Planetariums (Marsvorstellung). Abfahrt 7 Uhr Königsallee Leuben.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Dresden, 2. Bezirk, Striesen. Alle Samariter stellen sich zur Revolutionskundgebung (Morgenfeier, Fackelzug) 9.15 Uhr vorm. im Ausstellungspalast; 5.45 Uhr abends im Stadion Lennéstraße.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Pirna. Mittwoch, 10. Nov., 7.30 Uhr abends im Volkshaus wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Volkschor Heidenau. Dienstag, den 9. November, 2.15 Uhr Stellen zum Begräbnis „Heidenauer Hof".

Eine Kreismannschaft spielt in Wien.

Am 12. November wird in Wien eine Kreismannschaft des 4. Kreises gegen eine Auswahlelf des neuen österreichischen Arbeiterfußballbundes antreten. Diesem Spiele muß eine ganz besondere Bedeutung beigemessen werden. Es ist das erste Zusammentreffen deutscher Arbeiterfußballer mit den neuen Wiener Genossen, über deren Spielstärke wir noch im unklaren sind. Die sächsische Elf hat hier wieder einmal Gelegenheit, durch reifes Können wertvolle Propagandaarbeit zu leisten. Es gilt in Wien zu beweisen, daß auch die Arbeiterfußballbewegung prächtiges technisches Können aufweisen kann. Das Spiel findet am österreichischen Revolutionstage statt.

Amtliche Bekanntmachungen des 2. Fußballbezirks der Sächsischen Spielvereinigung, 4. Kreis 2. Bezirk

35. Hauptspielausschußsitzung vom 3. Nov., Geschäftsstelle.

Anwesend: Werner, Voigt, Zange, Hempel, Neumann, Roeser, Löschke, Schöne, Seidt. Entschuldigt: Kohl, Wahl.

MBC: In der Verhandlung gegen Otto Renisch fehlten der Genosse, sowie Vereinsvertreter. Verhandlung vertagt auf Mittwoch, den 10. November, 7 Uhr. Schriftliche Einladung erfolgt nicht.

Zschachwitz: Verhandlung gegen Peters auf Mittwoch, den 10. November verlegt. Einladung nur hierdurch. 7.30 Uhr Geschäftsstelle.

Bienenmühle: Verhandlung gegen Fritz Liebert nochmalig angesetzt auf 10. November abends 8 Uhr. Einladung nur hierdurch.

Deuben: Spiele bleiben wie angesetzt bestehen.

Klotzsche: Betr. Spiele mit auswärtigen Mannschaften an Löschke.

1885 Königstein: Zur Erledigung an Genossen Seidt.

Zörnewitz: Einspruch muß abgelehnt werden, da Rundschreiben rechtzeitig herausgegangen ist. Spiel bleibt bestehen.

Weinböhla: In Weinböhla ist die Fußballabteilung neu gegründet. Neue Spielkleidung: Grüner Schwitzer mit Namenszug und schwarzen Aufschlägen, schwarze Hose.

Heidenau: Raffballspiel wird abgelehnt.

02: Spiel 489 fällt aus.

Linienrichter zum Ausscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft stellt die Schiedsrichtervereinigung. Genosse Voigt beschwerdt sich über das vorgesehene Spielverbot am ... November und wünscht, daß davon Abstand genommen wird, weil die Vereine der niederen Klassen besonderes darunter zu leiden haben.

Einnahme beim Samariterspiel Neustadt—Friedrichstadt 11.75 Mark.

Coswig: Der Genosse Walter Mucker hatte ab 1. Mai 1926 keine Berechtigung für 1. Vollmannschaft, da Genehmigung nicht erneuert wurde. Laut Bundessatzung dürfen ab 1. Mai 1926 keine Genehmigung für 1. Mannschaft für Jugendliche erteilt werden, das ist auch nicht geschehen. Es tritt deshalb Punktverlust für sämtliche Spiele ein, die nach dem 1. Mai mit Mucker ausgetragen worden sind. Hans Voigt.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Montag, den 8. November:

UB. Bautzen. 7.30 Uhr Rest. Schulze, Wendengraben, wichtige Sitzung der komm. Kartelldelegierten, Betriebsräte und Gewerkschaftsfraktionsleiter.

Dienstag, den 9. November:

Striesen und Johannstadt. 8 Uhr früh Stellen am „Gisela..hof" zum Propagandaumzug. Teilnehmer: RFB, RJB, Partei und Jugend.

Striesen. Alle erwerbslosen KPD-Genossen treffen sich 3 Uhr nachm. im Sportheim, Hepkestraße.

Freital. Roter Landsonntag. Zu beteiligen haben sich alle Gruppen des UB Freital.
Potschappel stellt Punkt 8.45 Uhr Bahnhof Potschappel
Gittersee stellt Punkt 8.45 Uhr Bahnhof Potschappel
Deuben stellt Punkt 8.50 Uhr Bahnhof Deuben
Coßmannsdorf stellt Punkt 9 Uhr Bahnhof Hainsberg
Tharandt und umliegende Gruppen Stellen Punkt 9.30 Uhr Bahnhof Tharandt, zur Fahrt nach Edle Krone. Restloses Erscheinen aller Partei- und Rot-Front-Genossen wird zur Pflicht gemacht.

Stadtteil Südwest. Flugblatt-Tragen und Sammeln von Weltpulver. Die Einteilung geschieht durch die Zellenleitungen.

Groß-Dresden. Alle Zellengruppen haben bis Sonnabend, den 13. November, Kuriere jeden Tag ins Parteibureau zu schicken.

Zentrum 3. 7 Uhr Versammlung im Rest. „Stadt Braunschweig", Jakobsgasse. Thema: Bedeutung und Lehren der russischen Revolution. Ref. anwesend.

Mittwoch, den 10. November:

SW 4, Löbtau. 7.30 Uhr Bürgergarten wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Zentrum 3 und 4, Stadtteil 2. 2 Uhr nachm. beim Frauenheim Gerotstraße, Erwerbslosenfraktion. Die Erwerbslosen aus obigem Stadtteil müssen vollzählig erscheinen.
Alle Genossen stellen 6 Uhr abends zur Versammlung in den Blumensälen am 10.11. auf dem Fürstenplatz zum Umzug mit Schalmeienkapelle.

Freital. 7.30 Uhr Bergkeller, Deuben, wichtige Mitgliederversammlung mit Rot-Front.

Kommunistischer Jugendverband.

Montag den 8. November:

Groß-Dresden. 7.30 Uhr abends im Parteibureau Agitpropleitersitzung. Jede Gruppe muß vertreten sein. Wichtig!

Dienstag, den 9. November:

Johannstadt. 9 Uhr vorm. Funktionärsitzung bei Frommholds.

Mittwoch, den 10. November:

Johannstadt. 6 Uhr nachm. Stellen Fürstenplatz zum Umzug für die Parteiversammlung in den Blumensälen. Gruppenabend fällt zu deren Gunsten aus!

Roter Frontkämpferbund

Montag, den 8. November:

Abt. 7, 9, 10. 7.30 Uhr abends in Meißners Restaurant, Laubegast. Mitgliederversammlung. Die wichtige Tagesordnung erfordert restloses Erscheinen der Mitglieder.

Dienstag, den 9. November:

Abt. 2, Zentrum und 6, Johannstadt. 9 Uhr vorm. Sachsenplatz pünktliches Stellen der Zugs- und Gruppenführer.

Mittwoch, den 10. November:

Abt. 6, Johannstadt. 6 Uhr Stellen auf dem Fürstenplatz zum Umzug nach den Blumensälen mit Schalmeienkapelle.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund.

Dienstag, den 9. November:

Laubegast. 7.30 Uhr abends Gründungsversammlung in Meißners Restaurant unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle des RFB. Ansprache: Kam. Olga Körner. Gäste willkommen.

Proletarische Freidenker.

Montag, den 8. November:

Gruna, Seidnitz, Reick. 7.30 Uhr im Sportheim „Helios" an der Rennbahn wichtige Mitgliederversammlung. Das Mitglied der 2. Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland, Sieglin (SPD), spricht über seine Eindrücke in Sowjetrußland.

Mickten, Kaditz. 8 Uhr Gruppensitzung im „Goldenen Lamm". Gen. Weilengel spricht. Gäste willkommen.

Mittwoch, den 10. November:

Gruppe Friedrichstadt. 7.30 Uhr Schäferhütte Lichtbildervortrag Dr. Lindner über englische Krankheit und Tuberkulose, die Proletarierkrankheiten. Eintritt frei. Anschließend Gruppenangelegenheiten.

Gewerkschaftliches

Achtung Metallarbeiter! In der AEG-Deutsche Werke in Erfurt sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Vor Arbeitsannahme nach dort, sind erst Erkundigungen bei uns einzuholen.

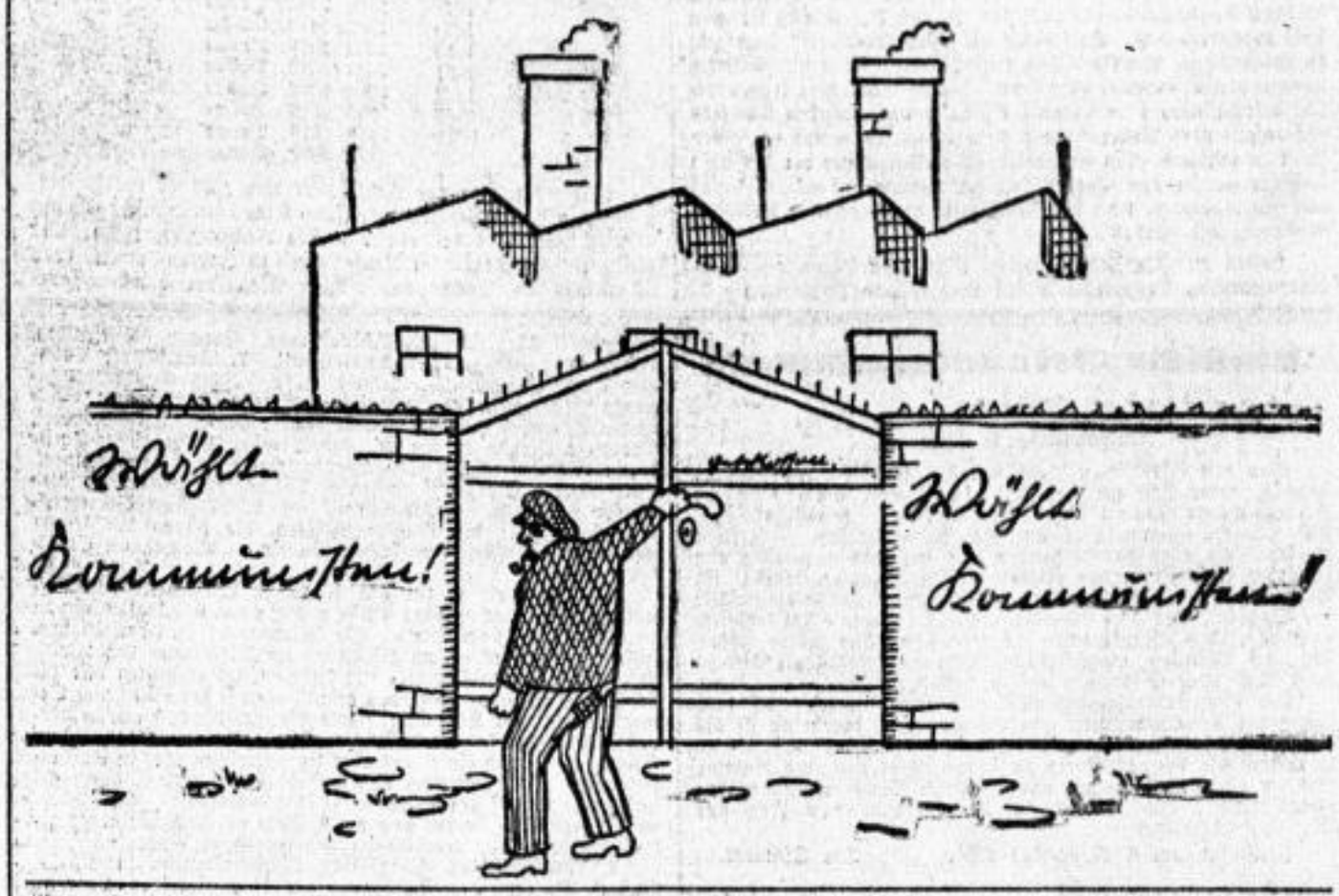
DMV, Ortsverwaltung Dresden.

Achtung! Metallarbeiter Meißens!

Alle oppositionellen Metallarbeiter der Verwaltungsstelle Meißen werden hiermit aufgefordert, am Mittwoch, den 10. November in der Metallarbeiterversammlung im Gewerkschaftshaus bestimmt zu erscheinen. Metallarbeiter...

Erwerbslosenfragen im Dresdner Stadtparlament

Nur die Kommunisten kämpfen für die Erwerbslosen!



Die „Gesundung der deutschen Wirtschaft", die von der bürgerlichen Presse in hohen Tönen gefeiert wird und die man jetzt glaubt, erreichen zu können mit der Rationalisierung der Betriebe, vollzieht sich ausschließlich auf Kosten der deutschen Arbeiter. Zehntausende von Proletariern sind auch in Dresden als Opfer dieses Rationalisierungsprozesses dem Hunger ausgeliefert. Der kapitalistische Staat überläßt die Fürsorge für die Opfer dieser „Gesundungskrise" den Gemeinden. Die Arbeiter müssen dafür die Kosten aufbringen. Im Interesse der Unternehmer ist der Staat bestrebt, die Unterstützungssätze so niedrig wie möglich zu halten. Mit der Hungerpeitsche soll der Arbeiter getrieben werden, sich zu niedrigen Löhnen anzubieten. Die Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter durch den Druck auf die Tarifverträge, das ist die Absicht, die die Unternehmer und der Staat als das ausführende Organ für die Interessen der Kapitalisten damit erstreben. Die elenden Unterstützungssätze werden dabei noch abhängig gemacht von einer bestimmten Arbeitsleistung, der sogenannten Pflichtarbeit.

Die kommunistische Fraktion im Dresdner Rathaus hat in ununterbrochenen Vorstößen versucht, die Erwerbslosen vor den drohenden Verschlechterungen in Schutz zu nehmen und ihre Lage zu verbessern. Als das jetzt neu zu wählende Stadtparlament im Jahre 1924 zusammentrat, war die Zahl der Erwerbslosen in Dresden auf nicht weniger als 52 000 gestiegen. Der General Müller, der kurz zuvor Sachsen „erobert" hatte, beglückte Dresden mit dem berüchtigten Volksopfer. An allen Straßenecken bettelte die Reichswehr, angeblich, um den wirtschaftlich Schwachen Hilfe zu bringen. Von dieser „Hilfe" haben jedoch Erwerbslose niemals etwas gesehen. Wohin die damals gesammelten Gelder gekommen sind, hat der Volksopferprozeß mit genügender Klarheit gezeigt.

Es ist sofort nach der Wahl das ernsthafteste Bestreben der kommunistischen Fraktion gewesen, im Stadtparlament die Lage der Erwerbslosen aufzurollen, entsprechende Anträge zu stellen und für eine Erleichterung der furchtbaren Lage der arbeitslosen Lohnsklaven zu kämpfen. Bereits am 4. Februar 1924 lag dem Stadtverordnetenkollegium folgender kommunistischer Antrag vor:

Das Kollegium wolle beschließen:

1. a) **Den Zwang für die Erwerbslosen zur Leistung von sogenannter Pflichtarbeit aufzuheben.**
   b) **Jede vorübergehende Beschäftigung von Erwerbslosen nach dem jeweiligen Tariflohn zu bezahlen und, falls eine tarifliche Regelung nicht besteht, den Tarifvertrag für die Gemeinde- und Staatsarbeiter bei der Entlohnung zu grunde zu legen.**
2. **Den Rat zum Beitritt dazu zu ersuchen.**

Dieser Antrag wurde bis zum 21. Februar verschleppt und durch die Schuld der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen konnte er erst am 8. Mai 1924 — also 2½ Monate später — endlich im Plenum zur Verhandlung kommen. Die kommunistische Fraktion gab ihrer Stellungnahme zu diesem Antrag nochmals in einem besonderen Minderheitsgutachten Ausdruck. Das Minderheitsgutachten wurde jedoch von der bürgerlichen Mehrheit **abgelehnt**. Es blieb bei dem bisherigen Zustand. Am 19. April 1924 faßten die Erwerbslosen in einer großen öffentlichen Kundgebung in der „Reichskrone" eine Entschließung, die dem Rat vorgelegt und in der gefordert wurde:

Beseitigung jeder Pflichtarbeit, Erhöhung der Unterstützungssätze und Gewährung von Mietbeihilfe.

Erst am 25. Juni fand der Rat endlich Zeit, darauf zu antworten und seine **ablehnenden** Beschlüsse dem Stadtverordnetenkollegium mitzuteilen. Die bürgerliche Mehrheit stützte die ablehnende Haltung des Rates. Die kommunistische Fraktion hatte sich für das Plenum folgendes Minderheitsgutachten vorbehalten und beantragte:

Das Kollegium wolle beschließen:

Die Forderung der Erwerbslosen als berechtigt anzuerkennen;

den Rat zu ersuchen, dieselben unverzüglich zur Durchführung zu bringen.

Auch hier zeigte sich wieder, daß die gesamte bürgerliche Mehrheit für die Erwerbslosen nichts übrig hatte. Das Minderheitsgutachten wurde abgelehnt. Keinen Pfennig sollten die Erwerbslosen bekommen. Für die Witwe eines ehemaligen Stadtverordnetenvorstehers bewilligte man aber eine fortlaufende Jahresrente von 1500 Mark oder wöchentlich 30 Mark. Im Oktober 1924 trat die kommunistische Fraktion mit erneuten Forderungen für die Erwerbslosen auf und verlangte in einem Antrag:

Jedem Erwerbslosen, Sozial-, Unfall- und Kleinrentner, sowie den Fürsorgeempfängern eine Weihnachtsgabe von 30 Mark, 10 Mark für die Ehefrau, sowie jedes weitere unterhaltungspflichtige Familienmitglied zu bewilligen.

Auf Antrag der Bürgerlichen wurde dieser Antrag in der Sitzung vom 17. Oktober an den Finanzausschuß verwiesen, von dort kam er wieder an das Plenum. Die bürgerliche Mehrheit einschließlich der SPD bewilligte aber nur insgesamt 100 000 Mark für 30 000 Fürsorgeempfänger. Das betrug auf den Kopf 3,30 Mark. Damit war der kommunistische Antrag völlig **wirkungslos** gemacht, um so mehr, als es dem Fürsorgeamt anheim gestellt wurde, bei der Auswahl der zu unterstützenden Personen nach dem Grade der Bedürftigkeit zu befinden.

Im Herbst 1925 setzte in fast allen Industriebetrieben die Rationalisierung ein. Von Monat zu Monat stiegen die Ziffern der Erwerbslosen, das Elend der Arbeiter im gleichen Maße. Die Reichsregierung aber tat nichts, um den Opfern profitbrünstiger Unternehmerwillkür zu helfen, im Gegenteil, sie baute die Kurzarbeiterunterstützung ab und damit unterstützte sie praktisch die Offensive der Unternehmer gegen die Arbeiter. Auch hier sprang die kommunistische Fraktion des Dresdner Stadtparlaments für die Erwerbslosen in die Bresche. In einem Antrag wurde gefordert: a) von der Reichsregierung die sofortige Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung zu verlangen; b) für Kurzarbeiter, die 3 und weniger Tage arbeiten, die Naturalleistungen zu gewähren, die den langfristig Erwerbslosen und den vom Fürsorgeamt Betreuten zusteht.

Bei der Begründung dieses Antrages durch die Sprecher der kommunistischen Fraktion waren die Bürgerlichen nicht in der Lage, auch nur etwas auf die schweren Anklagen gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die reaktionäre Haltung des Reiches und der Länder, sowohl als der bürgerlichen Gemeindemehrheit zu antworten. Da die Tribünen stark von Erwerbslosen besetzt waren, wagten es die Bürgerlichen auch nicht, ihre höhnischen Bemerkungen zu machen, die man sonst hören konnte, wenn Erwerbslosenfragen auf der Tagesordnung standen. Um nicht vor der breiten Oeffentlichkeit ihre arbeiterfeindliche Haltung einzugestehen, wurde der Antrag von den Bürgerlichen an den Ausschuß verwiesen. Erst in der nächsten Sitzung des Kollegiums konnte er zum Beschluß erhoben werden. Am 16. November wurde von der kommunistischen Fraktion erneut ein Antrag eingebracht, in dem verlangt wurde,

allen Erwerbslosen, sowie den Kurzarbeitern, die 3 oder weniger Tage in der Woche arbeiten, eine Winterbeihilfe in folgender Form zu gewähren: Ledigen und Verheirateten bis zu 12 Wochen Erwerbslosigkeit 50 Mark, über 12 Wochen 75 Mark, den Verheirateten für jedes Kind und jedes weitere unterhaltspflichtige Familienglied je 10 Mark mehr.

Dazu soll noch Fleisch und Kartoffeln unentgeltlich abgegeben werden.

Der Rat legte seine Stellungnahme in einem ellenlangen Gutachten dar, dessen Inhalt auch nicht im Entferntesten die Forderungen erfüllte, die im kommunistischen Antrag niedergelegt waren. Das Bestreben des Rates ging dahin, die Erwerbslosen auf den Weg der Individualfürsorge zu verweisen und anderseits durch die Versprechung von Arbeitsbeschaffung der Zustimmung zum kommunistischen Antrag zu entgehen. Die Arbeitsbeschaffung wurde selbstverständlich von der Bezuschussung durch Mittel des Reiches und des Staates abhängig gemacht. Wie wenig mit dieser Hilfe zu rechnen war, bewiesen jedoch die Aeußerungen staatlicher Stellen dem Rate gegenüber. Zum andern war ja auch aus der Behandlung der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge im Landtag bekannt, daß die sächsische Koalitionsregierung gar nicht gewillt war, zu helfen. Es kam also dem Rate nur darauf an, den Erwerbslosen leere Versprechungen zu machen, ohne wirkliche Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit zu ergreifen. Dabei erfuhr der Rat mitsamt der bürgerlichen Mehrheit die tatkräftige Unterstützung der Sozialdemokraten. Es war Rösch, der es übernahm, das Gutachten des Finanzausschusses, das den Beschlüssen des Rates entsprach, zu verteidigen und die Ablehnung des kommunistischen Antrages zu begründen. Rösch brachte es fertig, den Antrag der Kommunisten als egoistisch zu bezeichnen. Er erklärte wörtlich: „Der Antrag der Kommunisten ist, ohne natürlich den Herren Kollegen diese Absicht zu unterschieben, **in seiner Grundtendenz egoistisch.**" Eine sofortige Hilfe wurde mit allen, einschließlich der SPD, gegen die Stimmen der KPD verhindert. Die bürgerlichen Fraktionen, sowohl als auch der Rat, hielten es nicht einmal für notwendig, auch nur ein Wort dazu zu sagen. Diese Arbeit wurde ihnen von der SPD abgenommen. In der gleichen Sitzung aber fanden sich bürgerliche und Sozialdemokraten bereit,

5 Millionen Mark für den Ankauf des Palais des früheren Prinzen Johann Georg zu bewilligen.

Die SPD, sowohl als auch die bürgerlichen Fraktionen haben damit den Erwerbslosen mit aller Deutlichkeit demonstriert, daß es gar nicht ihre Absicht ist, wirklich für die Erwerbslosen etwas zu tun. Der Antrag der Kommunisten wurde von der SPD insofern wirkungslos gemacht, als man durch die Einschaltung der Worte „auf dem Wege der Individualfürsorge" dem Rat den Freibrief gab, nach den bisherigen Methoden mit den Erwerbslosen umzuspringen, wie er will. Auch in der Sitzung vom 1. Juli wurde von der kommunistischen Fraktion erneut versucht, den in der bittersten Notlage sich befindlichen Erwerbslosen ihre fast unerträgliche Lage zu verbessern. Sie forderte, **daß allen Erwerbslosen und Kurzarbeitern mit weniger als 3 Tagen Beschäftigung in der Woche, soweit sie einen Haushalt führen oder zur Untermiete wohnen, folgende Unterstützung zu gewähren:**

1. **Erstattung des vollen Mietbetrages;**
2. **Erstattung des Betrages für im Haushalt verbrauchtes Gas und elektrisches Licht;**
3. **für die Sommermonate der halben Menge von Heizungsmaterial, welches in den Wintermonaten verabfolgt wurde.**

Auch dieser Antrag wurde nach wochenlanger Verschleppung von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt.

Konsequent und zielbewußt hat nur die kommunistische Fraktion im Dresdner Stadtparlament die Interessen der Erwerbslosen vertreten. Der Kampf muß fortgeführt und gesteigert werden. Deshalb gilt es, allen Arbeitern im Betrieb, denen das gleiche Schicksal der Erwerbslosigkeit ständig droht, für eine Stärkung der kommunistischen Fraktion im Stadtparlament Dresdens zu sorgen. Deshalb: **Beseitigt die Ausbeutermehrheit!**

Wählt Kommunisten: Liste 4!

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressal.

(54. Fortsetzung)

„Du sagst, der Arbeiter hat ein Recht auf alles, was er erzeugt; dabei vergißt du die Rohmaterialien, die doch bezahlt werden müssen. Die haben die Arbeiter doch nicht gemacht."

„Natürlich erschaffen die Arbeiter nicht die Rohmaterialien," erwiderte Owen, „aber meines Wissens tun das die Fabrikanten und die Junker ebensowenig. Die Rohmaterialien sind im Ueberfluß in und auf der Erde vorhanden, so lange sie jedoch nicht bearbeitet werden, sind sie ganz nutzlos."

„Du vergißt bloß, daß die Erde den Grundbesitzern gehört," rief Craß unvorsichtig.

„Ich weiß das, und du hältst es natürlich auch für richtig, daß das Land wenigen gehört."

„Ich muß den Herrn Referenten zur Ordnung rufen," unterbrach Philpot, „die Bodenfrage steht nicht zur Debatte."

„Du sprichst davon, daß man die Arbeiter um den größten Teil ihrer Produkte bringt, aber es wird doch nicht alles mit Handarbeit hergestellt. Was ist nun mit dem, was mit Maschine gemacht wird?"

„Die Maschinen selber werden von den Arbeitern gemacht," gab Owen zurück, „doch gehören sie natürlich nicht den Arbeitern. Mit Hilfe des Geldtricks hat man sie ihnen gestohlen."

„Aber wer hat denn die ganzen Maschinen erfunden?" fragte Craß.

„Sicher nicht die reiche Faulenzerklasse, die Grundbesitzer oder die Arbeitgeber," erwiderte Owen. „Die meisten Erfinder litten und starben unbekannt, viele in größter Not. Die Arbeiter erzeugten alles. Seht euch um: Fabriken, Maschinen, Häuser, Eisenbahnen, Straßenbahnen, Kanäle, Möbel, Kleidung, Nahrung, die Straßen, auf denen ihr geht, alles wurde von der arbeitenden Klasse geschaffen, deren Lohn doch nur einen kleinen Teil von dem zurückkaufen kann, was sie erzeugte. Drum ist alles, was im Besitz ihrer Herren zurückbleibt, der Unterschied zwischen dem wahren Wert ihrer Arbeit und den dafür bezahlten Löhnen. Seit Generationen wird dieser systematische Diebstahl betrieben. Der Wert der so errungenen Beute ist ungeheuer. Das gesamte, gegenwärtig in den Händen der Reichen befindliche Vermögen ist das Eigentum der Arbeiterklasse, der man es mit Hilfe des Geldtricks stahl."

Owen stieg vom Pult herab und seine Zuhörer starrten einander betreten an. Sie waren gezwungen, selbst ein wenig zu denken, und das war ein ungewohnter und peinlicher Prozeß.

Einige Augenblicke herrschte ein bedrücktes Schweigen. Einige hatten ihre Plätze verlassen und studierten aufmerksam die Diagramme an der Wand, und die anderen sannen fast alle krampfhaft nach, was sie zur Verteidigung derer anführen sollten, die sie der Früchte ihrer Arbeit beraubten.

„Mir ist unklar, welchen Zweck es haben soll, ewig auf die Reichen zu schimpfen," sagte Harlow dann. „Reiche und Arme hat's schon immer auf der Welt gegeben, und so wird's auch bleiben."

„Jawohl," sagte Schleim, „in der Bibel steht geschrieben: „Die Armen werden immer mit uns sein."

„Was für'n System sollten wir denn nach deiner gescheiten Meinung haben?" fragte Craß. „Wenn denn alles so verkehrt sein soll, wie willst du's ändern?"

Bei diesen Worten strahlten alle auf und sahen sich befriedigt und erleichtert an. Natürlich, es war ganz überflüssig, überhaupt darüber nachzudenken. Nie konnte das geändert werden. Schon immer war es so oder doch ähnlich gewesen, und so würde es auch bleiben.

„Ihr scheint ja fast zu hoffen, daß es unmöglich ist," sagte Owen. „Ohne den Versuch zu machen, die Möglichkeiten einer Aenderung zu überlegen, redet ihr euch ein, es sei unmöglich — und statt darüber traurig zu sein, seid ihr noch froh."

Einige lachten töricht und halb beschämt.

„Wie könnte man's nach deiner Meinung ändern?" fragte Harlow.

„Der Weg zur Aenderung geht über die Erleuchtung der Menschen, über die wahren Ursachen ihrer Leiden, und dann —"

„Na," unterbrach Craß mit selbstzufriedenem Lachen, „um mich zu erleuchten, da braucht's, verdammt noch mal, 'n anderes Kaliber."

„Ich will nicht in die Finsternis erleuchtet werden," sagte Schleim fromm.

„Aber was für ein System schlägst du vor," wiederholte Harlow, „wenn du sie alle erleuchtet hast. An die allgemeine Verteilung glaubst du auch nicht, wie soll man's dann also machen?"

„Wie er's ändern will, weiß ich nicht," sagte spöttisch Craß, der auf seine Uhr gesehen hatte und sich erhob, „aber ich weiß, wie spät es ist — zwei Minuten nach eins!"

„Der nächste Vortrag," sagte Philpot zu den Versammelten, die sich anschickten, an die Arbeit zurückzukehren, „findet morgen um die übliche Zeit statt. Es wird meine mühevolle Aufgabe sein, Mr. Owen um seinen wohlbekannten und anstößigen Vortrag zu bitten: Die Arbeit, und wie man ihr entgeht. Alle, die wünschen, erleuchtet zu werden, werden gebeten, teilzunehmen."

„Oder alle, die heute nicht die Papiere kriegen," sagte Caston grimmig.

18. Kapitel.

Das Gemetzel.

Der von Philpot angekündigte Vortrag wurde nicht gehalten. Die Leute waren voreingenommen gegen alles, was sie Politik nannten; überdies hatten sie auch an etwas noch Unangenehmeres zu denken: Die bevorstehende große Entlassung.

Um drei Uhr nachmittags erschien Elend und teilte mit, daß mit Ausnahme von Craß, Owen, Schleim und Sawkins alle von diesem Abend an aufsetzen müßten. Die Firma hätte einige Arbeit in Aussicht, um die sie sich beworben hätte, und die sie zu kriegen hoffte. Nach Weihnachten könnten sie wieder mal anfragen, unter Umständen könnten einige wieder eingestellt werden; morgen, Sonnabend, würden sie wie gewöhnlich im Bureau ausgezahlt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Einkünfte amerikanischer Multimilliardäre

In der westeuropäischen Industrie gibt es eine lang anhaltende Krise. Heulen und Zähneklappern will bei den europäischen Ausbeutern nicht aufhören. In den Vereinigten Staaten sieht es anders aus. Dort blüht die „Profitmacherei“, dort gibt es ganze Berge von Gold, aus kristallisiertem Blut und Schweiß ausgebeuteter Arbeiter geschaffen. Dessen ungeachtet klagen die Selfmademänner über schlechte Geschäfte und sträuben sich trotz der anhaltenden Teuerung, die Arbeitslöhne auch nur um einen Cent zu erhöhen. Im Gegenteil, sie wollen außer der bis aufs äußerste getriebenen Ausbeutung der Arbeiter (Taylorisierung) und Fordisierung) noch die Arbeitszeit verlängern. „Verluste“ müssen gedeckt werden!

Lassen wir die Zahlen reden! (Offizielle Daten des nordamerikanischen Departements für Handel und Industrie.)

Jahresgewinn der Ausbeuter

1913	1777	Mill.	Dollar
1914	1766	Mill.	Dollar
1915	1895	Mill.	Dollar
1916	2185	Mill.	Dollar
1917	2689	Mill.	Dollar
1918	2724	Mill.	Dollar
1919	3189	Mill.	Dollar
1920	3411	Mill.	Dollar
1921	3441	Mill.	Dollar
1922	3399	Mill.	Dollar
1923	3385	Mill.	Dollar
1924	3846	Mill.	Dollar
1925	4077	Mill.	Dollar

Mit Ausnahme der Jahre 1921 und 1923 ist der Jahresgewinn in stetem Steigen begriffen. Eine amerikanische kommunistische Zeitung führt ein einfaches Rechenexempel an. Der kapitalistische Raub im Laufe von 13 Jahren macht rund 37 Milliarden Dollar aus. Diese Riesensumme würde ausreichen, um die Bauernschaft der ganzen Welt mit landwirtschaftlichen Geräten zu versorgen. (37 Millionen Traktoren!)

Die kapitalistische Presse schreibt viel und oft darüber, daß das Kapital in den Vereinigten Staaten äußerst demokratisiert ist, und viele Arbeiter durch den ihnen ermöglichten Ankauf von Anteilscheinen Teilhaber der einträglichsten Fabrikunternehmen werden könnten. Das ist nur eine freche Lüge.

Von den 15 000 000 Aktieninhabern hat eine kleine Gruppe von 200 000 (4 Prozent) 75 Prozent des ganzen Aktienkapitals in Händen. Die Gesamtsumme aller Aktien beträgt 62 Milliarden, von welchen die kleine „4prozentige“ Gruppe über 47 Milliarden verfügt.

Wenn irgendein amerikanischer Arbeiter wirklich Aktienbesitzer wurde, so handelt es sich gewöhnlich um eine Lappalie von 25 bis 50 Dollar. Das sind natürlich nur armselige Brosamen! So ist nicht außer acht zu lassen, daß dieses gewöhnlich „faule Aktien“ sind, welche dem Arbeiter in die Hand gedrückt wurden und deren Wert vom „Willen“ der spekulierenden Börsenfürsten abhängig ist und jederzeit in Null und Nichts zerfließen kann.

Amtliche Bekanntmachungen

— Heidenau —

Anschlagwesen in Heidenau.

Von den öffentlichen Anschlagstellen (Säulen und Tafeln) sind in letzter Zeit mehrfach Plakate von unbefugter Hand abgerissen oder sonst irgendwie beschädigt, auch sind Plakate eigenmächtig an die Anschlagstellen angeklebt worden. Es wird darauf hingewiesen, daß das unzulässig und jedweder Eingriff in das öffentliche Anschlagwesen strafbar ist. Das Verfügungsrecht über das Anschlagwesen hat ausschließlich der Stadtrat. Auch das Abreißen erledigter Plakate hat lediglich vom städtischen Beauftragten zu geschehen. Die Täter ziehen sich nach Befinden wegen Sachbeschädigung Geldstrafe bis zu 1000 RM. oder Gefängnis bis zu 2 Jahren zu.

Die öffentlichen Anschlagstellen werden hiermit auch dem Schutz der Einwohnerschaft empfohlen und es ergeht an sie die Bitte, über die öffentlichen Anschlagsäulen mit zu wachen und Personen, die sich irgendwie an ihnen vergreifen, zur Anzeige bringen zu wollen, damit unnachsichtlich Strafverfolgung eintreten kann. Die Namen der Anzeigeerstatter werden auf Wunsch verschwiegen.

Heidenau, am 6. November 1926. **Der Stadtrat.**

— Radeberg —

Wahlen der Gemeindeverordneten

Für die Wahlen der Gemeindeverordneten Sonntag, den 14. November 1926 sind die Wahlbezirke abgegrenzt worden. Als Wahlräume sind bestellt worden **1. Wahlbezirk:** Badestraße 1 bis 26, Friedhofstraße, Friedrichstraße 28 bis Schluß, Lange Str., Leiten, Neue Straße, Niedergraben, Obergraben, Schulstraße. **Wahlraum: Schankwirtschaft „Zur Quelle“. 2. Wahlbezirk:** Badstraße 29 bis Schluß, an den Drei Häusern, Friedrichstr. 1 bis 27, Karlstraße, Lotzdorfer Straße, Sommerweg, Tobiasmühle, Weststraße. **Wahlraum: Gasthof Lotzdorf. 3. Wahlbezirk:** Friedrichstal, Heinrichstal, Hüttermühle, Knochenstampfhaus, Langbeinstraße, Markt, Marktgäßchen, Mittelstraße, Oberstraße, Pulsnitzer Straße, Schloßstraße, Wasserstraße. **Wahlraum: Gasthof „Zum Roß“.** 4. **Wahlbezirk:** Bergstraße, Bismarckstraße, Dresdner Straße 1 bis 47, Freudenberg, Hauptstraße, an der Kirche, Kirchstraße, Realschulweg, Röderstraße. **Wahlraum: „Hotel Kaiserhof“.** 5. **Wahlbezirk:** Grundstraße, Kleinwolmsdorfer Straße, Niederstraße, Pirnaer Straße, Südstraße, Stolpener Straße. **Wahlraum: Gasthof „Zum Amtshof“. 6. Wahlbezirk:** Eigenheimweg, Flügelweg, Goethestraße, Goldbachgrund, Hindenburgstraße, Hügelweg, Lessingstraße, Oststraße, Pestalozzistraße, Pillnitzer Straße, Schillerstraße, Torweg, Wiesenwegstraße. **Wahlraum: Kiengels Schankwirtschaft. 7. Wahlbezirk:** Bahnhof, Bahnhofstraße, Güterbahnhofstraße, Mühlstraße, Rathenaustraße, Rumpelstraße, Schönfelder Straße. **Wahlraum: Gasthaus „Deutsches Haus“. 8. Wahlbezirk:** Brokmanns Gärtnerei, Dresdner Straße 48 bis 61, Fabrikstraße, Seifenfabrik, Forststraße, Gartenstraße, Goldbachstraße, Heidehäuser, Heidewinkel, Lannebrücker Straße, Steinstraße, Talmühle, Talstraße. **Wahlraum: Wielands Schankwirtschaft.** 9. **Wahlbezirk:** Stadtkrankenhaus — für die Wahlberechtigten, die keinen Wahlraum außerhalb des Hauses aufsuchen können — **Wahlraum: Stadtkrankenhaus.**

Die Wahlzeit ist für den 1. bis 8. Wahlbezirk von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr und für den 9. Wahlbezirk von 10 bis 12 Uhr vormittags. Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt. Sie werden am Wahltage im Wahlraum den Wahlberechtigten ausgehändigt. Die Stimmzettel enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge mit dem Namen je der ersten vier Bewerber und dem Kennwort, sowie die Bezeichnung „Gemeindeverordnetenwahl“. **Der Wahlberechtigte** kennzeichnet auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Wahlvorschlage er seine Stimme geben will und legt den Stimmzettel in den Umschlag. Wahlüberweisungsanträge können noch am 3. Tage vor dem Wahltage gestellt werden. Die zugelassenen Wahlvorschläge sind:

1. Wahlvorschlag, Bürgerliche Wirtschaftsliste: 1. Christ Gustav, Malermeister, Pestalozzistraße 4; 2. Gerriken, Ludwig, Fabrikbesitzer, Badstraße 8; 3. Bergmann, Max, Bauunternehmer, Pirnaer Str. 29; 4. Dr. Jahn, Hugo, Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, Badstraße 4; 5. Pietsch, Richard, Landwirt, Lotzdorfer Str. 8; 6. Wendschuh, Paul, Fabrikbesitzer, Lange Str. 33; 7. Fuchs, Emil, Hotelbesitzer, Dresdner Str. 40; 8. Gränkig, Kurt, Realschuloberlehrer, Pulsnitzer Str. 35; 9. Diehl, Bernhard, Bäckerobermeister, Bahnhofstr. 15; 10. Malschke, Bernhard, Freigutsbesitzer, Lotzdorfer Str. 29; 11. Vogel, Margarete, Kaufmannsehefrau, Hauptstr. 16; 12. Horch, Rudolf, Brauereidirektor, Dresdner Str. 42; 13. Liebel, Paul, Schlossermeister, Eigenheimweg 1; 14. Pool, Jakob, Fliseur, Goldbachstr. 4; 15. Dr. Bachmann, Curt, Rechtsanwalt und Notar, Pulsnitzer Str. 33; 16. Haak, Hans, Kaufmann, Fabrikstraße 15; 17. Beyer, Max, Bäckermeister, Grundstr. 1; 18. Baden, Hermann, Gutsbesitzer, Lotzdorfer Str. 28.

2. Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei: 1. Braune, Ernst, Lagerhalter i. R., Stadtrat, Gartenstr. 9; 2. Brückner, Paul, Metallarbeiter, Gartenstr. 3; 3. Schreiber, Berta, Sozialrentnerin, Friedrichstr. 3; 4. Rau, Fritz, Volksschullehrer, Lange Str. 37; 5. Menzel, Emil, Buchhändler, Stadtrat, Röderstr. 10; 6. Weitmann, Friedrich, Schriftsetzer, Stolpener Str. 8; 7. Fischer, Otto, Kraftwagenführer, An den drei Häusern 7; 8. Mattheß, Ernst, Postbeamter, Pulsnitzer Str. 45; 9. Kaulfuß, Emil, Em.-Maler, Gartenstr. 17; 10. Heinze, Richard, Schmied, Schloßstr. 14; 11. Hartmann, Hilda, Kriegerswitwe, Lange Str. 19; 12. Jähnel, Max, El.-Monteur, Pillnitzer Str. 8; 13. Schaar, Karl, Glasschleifer, Stolpener Str. 19; 14. Brückner, Johannes, Metallschleifer, Steinstr. 5; 15. Schönfeld, Paul, Krankenkassenangestellter, Oberstr. 37; 16. Schall, Paul, Buchdrucker, Friedrichstr. 28; 17. Hartmann, Max, Klempner, Fabrikstr. 31; 18. Knappe, Selma, Ehefrau, Stolpener Str. 17; 19. Weidert, Max, Maschinist, Bahnhofstr. 15; 20. Täuber, Eugen, Bäcker, Friedrichstr. 19; 21. Papst, Hermann, Bader, Realschulweg 2.

3. Wahlvorschlag der Kommunistischen Partei: 1. Eike, Berthold, Fliseur, Torweg 19; 2. Kaulfuß, Kurt, Arbeiter, Neue Str. 9a; 3. Naack, Oswin, Tischler, Stadtrat, Fabrikstr. 17; 4. Kröber, Rudolf, Zimmermann, Goldbachstr. 24; 5. Breitmann, Auguste, Ehefrau, Fabrikstr. 20; 6. Bartels, Karl, Lackierer, Niederstr. 3; 7. Herz, Gustav, Händler, An den drei Häusern 9; 8. Köhler, Rudolf, Anstreicher, Fabrikstr. 20; 9. Hentschel, Reinhold, Former, Hügelweg 4; 10. Costrau, Oskar, Bauarbeiter, Stolpener Str. 35; 11. Thomas, Wilhelm, Arbeiter, Steinstr. 1; 12. Friedel, Kurt, Zimmermann, Niederstr. 3; 13. Reicher, Wilhelm, Maschinenformer, Stolpener Str. 24; 14. Hanusche, Kurt, Buchdrucker, Freudenberg 8; 15. Breuer, Artur, Friseur, Oberstr. 5; 16. Edelmann, Helene, Arbeiterin, Kleinwolmsdorfer Str. 2; 17. Ackermann, Karl, Arbeiter, Stolpener Str. 28; 18. Wächter, Hans, Arbeiter, Kleinwolmsdorfer Str. 2; 19. Ritsche, Johannes, Fräser, Fabrikstr. 17; 20. Gräubig, Edmund, Maschinenarb., Oberstr. 24; 21. Rothkegel, Rudolf, Former, Niederstr. 16.

4. Wahlvorschlag der Beamten, Angestellten und Arbeiter: 1. Stöhr, Julius, Bahnhofsinspektor, Bahnhof 6; 2. Preuß, Friedrich, Buchhalter, Rathenaustr. 38; 3. Harz, Bruno, Amtsgerichtsrat, Badstr. 14; 4. Habedank, Albert, Werkmeister, Neue Str. 10; 5. Pester, Karl, Glasschneider, Röderstr. 13a; 6. Böhmer, Karl, Lehrer, Fabrikstr. 41; 7. Beugel, Otto, Buchhalter, Fabrikstr. 15; 8. Teich, Max, Postassistent, Schillerstr. 53; 9. Köhler, Oswin, Schlosser, Langbeinstr. 2; 10. Saitenmacher, Paul, Hilfsladeschaffner, Hügelweg 10; 11. Gubitz, Paul, Finanzsekretär, Badstr. 9; 12. Walther, Paul, Gießermeister, Bahnhofstr. 8; 13. Taupadel, Elsa, Hausfrau, Pestalozzistr. 10; 14. Jadisch, Walter, Handlungsbevollmächtigter, Rathenaustr. 5; 15. Hultsch, Max Reinhold, Oberladeschaffner, Bahnhof 6; 16. Strobel, Karl, Glasschleifermeister, Goldbachstr. 6; 17. Schulze, Emil, Kassierer, Friedrichstr. 20; 18. Schmidt, Paul, Eisenb.-Obersekretär, Rathenaustr. 3; 19. Löhrmann, Johannes, Studienrat, Badstr. 10; 20. Ohlerich, Karl, Kaufm., Pulsnitzer Str. 14; 21. Teichert, Franz, Justizrendant, Lange Str. 27.

Die Wahlvorschläge 1 und 4 und 2 und 3 sind miteinander verbunden worden.

Radeberg, den 4. November 1926.

Der Stadtrat als Gemeindewahlleiter.
Uhlig, Erster Bürgermeister.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter

Margarethe Dietrich
geb. Gommlich

am 6. November nach kurzem aber schweren Leiden verstorben ist.

In tiefer Trauer
Karl Dietrich und Sohn

Ubigau, den 8. November 1926.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 10. November, nachm. 4½ Uhr, im Krematorium Tolkewitz statt. Kranzspenden werden dankend abgelehnt.

Gummi-Mäntel, Konfektion
für Herren und Damen, Wäsche, Schuhwaren usw.
gegen angenehme **Ratenzahlung**
Staats-u. Gem.-Beamte, außer Kundschaft Anzahlung.
M. Langer Dresden, Frauenstr. 12,1

Vogel
Billigster Einkauf aller Lebensmittel
E. Vogel
Radeberg, Pulsnitzer Straße

Jeder Haushalt bereitet sich die Liköre, Rum, Weinbrand (früher Cognac) **selbst**
und spart bis zu 100 Prozent gegenüber fertig gekauften Likören. Empfehle 133 verschiedene Sorten Likör-, Rum- und Branntwein-Essenzen und stellen sich diese für 1 Liter
96 Prozent Spiritus gerechnet bis Mk. 1.40 billiger wie Reichel-Essenzen
Verkaufsstelle von
96prozent. doppelt rektifiziertem prima Spiritus
nur in versiegelten Flaschen
Preis per 1 Liter Mk. 5.50
exklusive Flasche. Postversand nach allen Orten gegen Nachnahme. Ein Versuch überzeugt jeden von der Güte der Qualität.
Max Strube, Dresden-A 1
nur Wettinerstr. 23 Fernruf: 28195

Arbeits-Bekleidung!
f. Maurer, Zimmerer, Former, Schlosser usw. billigst
Textil-Haus
Liliengasse 13,1
– auch Teilzahlung –
Wiederverkäuf. beste Einkaufsquelle

Zu verkaufen:
Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa, Ausziehtisch, Spiegel, Chaiselongue, Stühle, Federbetten, Bettst. mit Matratze. Evtl. Teilzahlung.
Palmstr. 31, par.

Bettfedern-Dampf-Reinigung
übernimmt unter Garantie für sauberste und schnellste Lieferung
Dampf-Wasch-Anstalt Max Schütze
Fernspr. ... Sch...straße 49 Freie Abholung

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntag gültig

Elysium Räcknitz
Endstation Linie 6
Morgen Dienstag, den 9. November, ab 4 Uhr
Große Ballfeste!

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Max Wagner
Freiberger Platz 13

Grammophone auf Teilzahlung
Grammophonplatten von 50 Pf. an
Versand auch nach auswärts bei
Musik-Noack, Pirna
Mittelstraße 3

Die Auszahlung der Rückvergütung,
die den Mitgliedern unserer Genossenschaft nach der Höhe ihres letztjährigen Umsatzes im Gesamtbetrage von
1,3 Millionen Reichsmark
zusteht, erfolgt wie im Vorjahre in allen Verteilungsstellen der Genossenschaft.
Sie beginnt am
22. November 1926.
Konsumverein
Vorwärts